

Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik
GESAMTAUSGABE 25 - 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Faszinierende an der politischen Arbeit ist: Je länger man dabei ist, umso mehr offenbart sich einem, wie die verschiedenen Themen miteinander verzahnt sind, wie sie ineinander greifen, wie sie miteinander verwoben sind – ähnlich einem Spinnennetz, in welchem jeder Faden seine Bedeutung hat. Diese Zusammenhänge zu erkennen, ist wichtig, um die Weichen korrekt zu stellen und die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

Auch die aktuelle Krise offenbart, wie eng die vielen unterschiedlichen Rädchen miteinander verzahnt sind. Nehmen wir etwa unsere Industrie. Nicht nur unser Wohlstand im engeren Sinne ist mit ihr verbunden. An unsere Industrie hängt auch unser Sozialsystem, unsere Krankenversorgung, kurz: unser soziales Auffangnetz. Dies zeigt einmal mehr, wie wichtig es ist, in der derzeitigen Krise die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, nicht nur, um einer bestimmten Gruppe zu helfen, sondern um das Gesamtgefüge nicht zu gefährden.

Besonders betroffen von den explodierenden Energiepreisen sind aber auch unsere Mittelständler, unsere Handwerksbetriebe. Seit vielen Monaten kämpfen wir von CDU und CSU bereits dafür, dass die Sorgen der Unternehmerinnen und Unternehmer gehört und ernst genommen werden. Daher begrüßen wir es, dass, wenn auch mit achtmonatiger Verspätung, die Bundesregierung nun mit einem angekündigten 200 Milliarden schweren Doppelwumms-Paket reagiert. Es ist in dieser Ausnahmesituation erforderlich, die akuten Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Betriebe, die Industrie abzufedern. Aber: Dies kann allenfalls ein Überbrückungsmodell, eine Übergangslösung sein. Denn wir müssen auch ehrlich sein: Der Bund wird nicht dauerhaft Strom und Gas für alle bezahlen können. Das kann unser Staat schlichtweg nicht leisten. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die Regierung alles unternimmt, um die Energie-Angebotsseite zu erhöhen und so die Preise dauerhaft zu reduzieren. „All-in“ ist das Gebot

der Stunde. Notwendig hierfür ist ein entschiedenes und ein geschlossenes Vorgehen – frei von Zwist, frei von Ideologie und frei von politischer Profilierung.

Herzlichst,
Ihre Silke Launert

Pragmatismus statt Ideologie – Union fordert Weiterbetrieb der drei noch verbliebenen Atomkraftwerke. Bundeskanzler spricht nach Ampel-Streit „Machtwort“



Berlin. Lange hat sich die Bundesregierung, allen voran Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, gegen den Weiterbetrieb der noch verbleibenden Atomkraftwerke gesperrt. Schon seit Monaten pocht die Union darauf, angesichts der angespannten Lage zur Sicherung der Energieversorgung die sich noch im Betrieb befindlichen Meiler befristet weiterlaufen zu lassen. Nun hat Bundeskanzler Olaf Scholz nach langem internen Zwist zwischen den Regierungsparteien von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht. Alle drei Meiler sollen bis Mitte April 2023 am Netz bleiben. Ein Schritt, der längst überfällig war, jedoch aus Sicht von CDU und CSU noch nicht weit genug geht. In dieser Situation gelte es, Pragmatismus vor Ideologie zu stellen, so die klare Ansage der Union. Um eine fortdauernde Gasmangellage oder gar Versorgungslücken mit äußerst negativen Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden zu vermeiden, gelte es so viel Gas wie möglich einzusparen. Fakt ist: Noch immer hat die Gasverstromung einen hohen Anteil im deutschen Strommix. In dieser akuten Krisensituation sei ein zeitlich begrenzter Weiterbetrieb der sich noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke energiepolitisch unabdingbar, ohne dass dies etwas an der grundsätzlichen Entscheidung zur Beendigung der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Deutschland ändere, so CDU und CSU. In einem von ihr eingebrachten Antrag fordert die Unionsfraktion entsprechend die Berechtigung zum Leistungsbetrieb der drei derzeit noch betriebenen Kernkraftwerke zumindest bis zum 31. Dezember 2024 zu verlängern.

Inflation, explodierende Energiepreise und steigende Personalkosten – Kliniken am Limit



Berlin/Bayreuth. Erst die Corona-Pandemie und jetzt auch noch die Inflation, explodierende Energiepreise und anwachsende Personalkosten: Die Kliniken in Deutschland schlagen Alarm. Nach einer aktuellen Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft sehen sich rund 40 Prozent der Kliniken von einer Insolvenz bedroht. In Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz Ende Oktober machten der Kaufmännische Geschäftsführer des Klinikums Bayreuth, Alexander Mohr, die Aufsichtsräte und Abgeordneten Dr. Silke Launert und Gudrun Brendel-Fischer sowie der Aufsichtsratsvorsitzende und Oberbürgermeister der Stadt Bayreuth, Thomas Ebersberger, auf diese Problemlage und den daraus folgenden dringenden Handlungsbedarf aufmerksam.

Das Klinikum Bayreuth rechne mit einer Verdoppelung der Energiekosten, so Alexander Mohr. Darüber hinaus seien die Sachkosten um 10-15 Prozent angestiegen. Ferner forderten die Gewerkschaften 10,5 Prozent mehr Lohn. Anders als gewerbliche Betriebe könne ein Krankenhaus die Preise Betriebe nicht einfach an Kunden weiterreichen, weil sie über Fallpauschalen finanziert würden, deren Höhe noch vor der aktuellen Preisexplosion festgelegt worden seien, erklärte der Kaufmännische Geschäftsführer. Die gemeinsame Forderung von Mohr, Launert, Gudrun Brendel-Fischer und Ebersberger war unmissverständlich: Die Krankenhäuser müssen schnellstmöglich einen finanziellen Ausgleich für die explodierenden Preise vonseiten des Bundes erhalten. Es bedürfe zum einen eines Zuschlages für die Krankenhäuser im laufenden Jahr, um die Mehrbelastung sofort aufzufangen und zum anderen die Berücksichtigung der extremen Preisaufschläge bei den Landesfallpauschalen für eine dauerhafte Finanzierung, führte Silke Launert weiter aus.

Einen Tag später kündigte der Bundesgesundheitsminister in der Fernsehsendung von Markus Lanz einen Härtefallfonds für Kliniken an. Später führte Lauterbach aus, dass aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds Geld in einer Höhe von acht Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden solle. Auch wenn der Bundesgesundheitsminister den Handlungsbedarf erkannt habe, so reichten die vorgestellten Pläne nicht, um die Situation tatsächlich zu entschärfen, kritisierte Launert. Die Pläne für den Härtefallfonds seien zu vage. Wie genau die Hilfe ausgestaltet werden solle, sei in vielen Punkten noch vollkommen offen. Zudem, so hob die Abgeordnete hervor, sei vor allem entscheidend, dass nicht allein ein Härtefallfonds zur Abwendung von Insolvenzen geschaffen werde, sondern dass die Fallpauschalen angepasst würden. „Maßgeblich ist, dass die Pauschale kostendeckend ist“, so die klaren Worte der Bayreuther Bundestagsabgeordneten. Nur wenn dies gewährleistet sei, würden die Kliniken tatsächlich entlastet.

Gaspreisbremse – Zweistufiges Entlastungsverfahren: Union gehen die Pläne nicht weit genug



Berlin. Mitte Oktober hat die von der Bundesregierung eingesetzte Gaspreis-Kommission ihr Ergebnis vorgestellt: Dieses sieht vor, Gas- und Fernwärmekunden in zwei Schritten zu entlasten. In einem ersten Schritt soll der Staat im Dezember die Abschläge komplett übernehmen. Ab März 2023 soll dann die Gas- und Wärmepreisbremse in Kraft treten, welche für eine Grundmenge an Gas einen staatlich garantierten Bruttopreis inklusive aller auch staatlich veranlassten Preisbestandteile von 12 Cent pro Kilowattstunde beinhalten soll. Wird die Grundmenge überschritten, so soll der Marktpreis gelten. Nach den vorgestellten Plänen soll das Grundkontingent bei 80 Prozent festgesetzt werden. In Bezug auf Fernwärme soll analog zur Gaspreisbremse ein garantierter Bruttopreis von 9,5 Cent pro Kilowattstunde Anwendung finden. Auch hier ist ein Grundkontingent von 80 Prozent des Verbrauchs vorgesehen.

Die Bundesregierung habe wertvolle Zeit verstreichen lassen, indem sie den Sommer lang an der unsozialen und handwerklich schlechten Gasumlage festgehalten habe, heißt es vonseiten der Union. Hätte die Regierung rechtzeitig gehandelt,

so gäbe es bereits in diesem Winter eine Gaspreisbremse. Zudem geht die Union davon aus, dass das veranschlagte Volumen von fünf Milliarden Euro für die Einmalzahlung im Monat Dezember in der Entlastungswirkung zu gering sei. Ebenfalls kritisch sehen CDU und CSU die Erstattung des Abschlags für Dezember auf Basis des Abschlags im September, da viele Haushalte ihre Erhöhungen erst mit der Einfügung der Gasumlage zum 1. Oktober 2022 erhalten hätten. Auf jeden Fall müssten SPD, Grüne und FDP sämtliche Potentiale der Energieerzeugung nutzen, wozu auch die Atomenergie zähle. Die Laufzeitverlängerung für die sich noch in Betrieb befindlichen Atommeiler sei dringend erforderlich. Nur durch eine Erhöhung des Energieangebots könnten die Preise auch wieder fallen.

Bundestag beschließt zweiten Heizkostenzuschuss

Berlin. Berlin. Aufgrund der im Jahr 2022 zu erwartenden Mehrbelastungen bei den Heizkosten hat der Deutsche Bundestag einen zweiten Heizkostenzuschuss beschlossen. Den nach Haushaltsgröße gestaffelten Zuschuss erhalten alle Haushalte, die in mindestens einem Monat im Zeitraum vom 1. September 2022 bis zum 31. Dezember 2022 wohngeldberechtigt sind. Auch die Empfänger von Leistungen nach dem BAföG sowie von Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfen profitieren, wenn die Leistungsberechtigung für mindestens einen Monat im maßgeblichen Zeitraum von 1. September 2022 bis 31. Dezember 2022 bestand. Insoweit ist ein pauschaler Zuschuss vorgesehen.



Bundestag beschließt Energiepreispauschale – Union: Druck hat sich ausgezahlt

Berlin. Sie hat lange auf sich warten lassen, aber nun ist sie endlich beschlossene Sache: Die Energiepreispauschale für Rentnerinnen und Rentner. Die Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro erhalten all diejenigen, die zum Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz oder dem ersten und zweiten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes haben. Geknüpft ist der Anspruch an einen Wohnsitz im Inland. Ausgezahlt werden soll das Geld Anfang Dezember durch die Rentenzahlstellen oder die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen. Dabei unterliegt die Energiepauschale nicht der Beitragspflicht in der Sozialversicherung und wird automatisch ausgezahlt. Die Union begrüßt die Pauschale, stellt zugleich aber klar heraus, dass diese erst auf Druck hin von der Ampel-Koalition auf den Weg gebracht worden sei. „Die Bundesregierung hat die Rentnerinnen und Rentner beim zweiten Entlastungspaket außen vor gelassen. Und das, obwohl auch beziehungsweise gerade sie von den explodierenden Energiepreisen stark betroffen sind. Immerhin hat sich der wochenlange Druck vonseiten der Union jetzt ausgezahlt“, so die Haushaltspolitikerin Silke Launert.



200 Milliarden - „Doppelwumms“: Bundestag beschließt Reaktivierung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds – Union nicht bereit, „Blankocheck“ auszustellen

Berlin. Zur Umsetzung der Finanzierung des 200 Milliarden Euro „Doppelwumms-Pakets“ hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition die Reaktivierung und Neuausrichtung des während der Corona-Pandemie eingerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds beschlossen. Dieser wird nun für das Jahr 2022 mit einer Kreditermächtigung über 200 Milliarden Euro ausgestattet. Bis zum 30. Juni 2024 ist eine Inanspruchnahme des Fonds zur Finanzierung der Maßnahmen möglich.

Die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, äußert massive Kritik: Die Ampel zäume das Pferd von hinten auf, indem sie 200 Milliarden an Kreditermächtigungen aufnehme ohne dass bisher klar sei, welche Maßnahmen konkret geplant seien und was die einzelnen Maßnahmen kosteten. Zudem stellt die Fraktion klar: „Wir wollen spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen. Wir wollen eine Gaspreisbremse. Aber wir sind nicht bereit, der Ampel einen Blankocheck über 200 Milliarden Euro auszustellen.“

Die Union fordert daher die Hinterlegung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit konkreten Maßnahmen und Zahlen. Hierzu gehöre neben Gas- und Strompreisbremse auch, eine wirksame finanzielle Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen sicherzustellen. Zudem müsse ein konkreter und verbindlicher Tilgungsplan aufgestellt werden. Ferner müssten die notwendigen Mittel über die Bundeshaushalte 2022 und 2023 gegebenenfalls 2024 zugeführt werden.

Auch Silke Launert, welche die CSU im Haushaltsausschuss vertritt, fordert von der Bundesregierung ein durchdachtes und mit konkreten Zahlen unterfüttertes Konzept:

„Ich bin wirklich sprachlos: Wir sollen auf Wunsch der Regierung als Opposition einem 200 Milliarden-Paket zustimmen, obwohl wir bislang weder einen konkreten Inhalt noch eine Analyse der Folgen vorliegen haben. Es ist nach wie vor völlig unklar, wer profitieren soll, wer auszahlt und wie die weiteren Regelungen ausgestaltet sein sollen. Klar ist lediglich, dass SPD, Grüne und FDP einen „200 Milliarden Blanko-Wumms“ haben wollen. Bei allem Verständnis: Eine solche Summe kann man als Haushälter nicht einfach blind freigeben.“ Selbst der Bundesrechnungshof halte dies für verfassungswidrig, so die Abgeordnete weiter. Die Bundesregierung müsse erst ihre Hausaufgaben machen bevor sie um Zustimmung zur Freigabe einer solchen Summe bitte. „Kein kleiner Mittelständler oder Privathaushalt würde bei solch einer Vorgehensweise einen Kredit bekommen und wir sollen einfach so ins Blaue hinein mit Steuergeldern - also den Geldern anderer - umgehen!“

Energiekrise – Union fordert stärkere Entlastung für Bürger und Unternehmen

Berlin. Ein Thema, an welchem derzeit niemand vorbeikommt. Ein Thema, das jeden betrifft: Die Energiekrise. Kann ich meine Stromrechnung noch bezahlen? Was passiert mit meiner Firma? Diese und andere Fragen prägen aktuell die Gedanken der Menschen in diesem Land.

„Es bedarf jetzt eines entschlossenen und zielgerichteten Handelns, um die Situation zu meistern und massenhafte Insolvenzen zu vermeiden“, so die deutlichen Worte der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag. In ihrem entsprechenden Leitantrag vom September forderte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion insbesondere die Abschaffung der Gasumlage. Diese sei sozial ungerecht, belaste die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich und sei zudem handwerklich fehlerhaft. Der Druck hat sich ausgezahlt: Die Gasumlage ist mittlerweile Geschichte. In ihrem Antrag verweist die Union zudem auf eine Forderung, die sie bereits im März dieses Jahres kurz nach Ausbruch des Krieges in den Bundestag eingebracht hatte, nämlich, dass es unverzichtbar sei, die Energie-Angebotssei-

te so schnell wie möglich auszubauen, um die Energiepreise zu stabilisieren. „Hier dürfen keine Möglichkeiten ausgelassen werden“, heißt es in dem jetzt veröffentlichten Papier. Zu diesen Möglichkeiten zählten der befristete Weiterbetrieb der noch laufenden Atomkraftwerke, eine Korrektur des Strommarktdesigns, ein Aussetzen der Netzentgelte für 2023 und eine Absenkung der Stromsteuer auf EU-Minimum. Auch in Bezug auf den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke hat die Regierung mittlerweile zumindest in gewissem Maße ein Einsehen: Die drei noch in Betrieb stehenden Atommeiler sollen bis April 2023 weiterlaufen.

Darüber hinaus fordert die Union die Einführung eines Bürger-Basispreises, welcher die Grundversorgung mit Gas bezahlbar hält und zugleich Anreize zum Energiesparen setzt sowie eine gezielte Entlastung der Haushalte im unteren Einkommensdrittel mit einer Energiepreispauschale von 1.000 Euro. Ferner sprechen sich die Christdemokraten und Christsozialen für eine wirkungsvolle finanzielle Unterstützung

der bislang weitgehend vertrösteten kleinen und mittleren Unternehmen sowie einen Rettungsschirm für die kommunalen Energieversorger aus.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert bezieht in der Debatte klar Position:

„Was die Unternehmen, vor allem die kleineren, jetzt unbedingt brauchen, ist Planungssicherheit. Die Belastungen durch die exorbitant gestiegenen Energiekosten müssen abgedeckt werden! Der beschlossene Strom- und Gaspreisdeckel ist wichtig, aber letztlich nur Symptombekämpfung. Erforderlich ist deswegen vor allem, die Energie-Angebotsseite deutlich zu erhöhen. Nur damit lässt sich die Ursache des Problems nachhaltig bekämpfen.“

Bundshaushalt 2023 - Silke Launert: „Regierung muss Prioritäten setzen!“



Berlin. 362,3 Milliarden Steuereinnahmen sieht der Entwurf für den Bundshaushalt 2023 vor. Ausgeben will die Bundesregierung im kommenden Jahr 445,2 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung soll sich demnach auf 17,2 Milliarden Euro belaufen. Wie Bundesfinanzminister Lindner betonte, soll die Schuldenobergrenze dabei nicht beansprucht werden. Diese Aussage ist allerdings mittlerweile hinfällig, da in dem von der Bundesregierung präsentierten Entwurf weder das dritte Entlastungspaket noch das 200 Milliarden Euro schwere „Doppelwumms“-Paket enthalten ist.

Den größten Etat des Entwurfs macht wie gewohnt der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus. Veranschlagt sind für den entsprechenden Einzelplan 163,33 Milliarden Euro. Dabei stellen die Kosten für die Rentenversicherung und die Zuschüsse des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die größten und zudem deutlich angewachsenen Ausgabenposten dar. Vorgesehen sind insgesamt 121,28 Milliarden Euro. Für arbeitsmarktpolitische Leistungen (inkl. Hartz IV-Leistungen bzw. künftig Bürgergeld) werden 40,96 Milliarden Euro veranschlagt. Allein das Gesetz zur Umwandlung von Hartz IV zum Bürgergeld sieht weitere 4,8 Milliarden Euro insgesamt und 4,2 Milliarden Euro für den Bund allein im Jahr 2023 vor (von 2023-2026: insgesamt rund 20 Milliarden Euro mehr). Scharfe Kritik an den Plänen der Ampel-Koalition äußerte in der ersten Lesung Dr. Silke Launert, welche für die CSU im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sitzt:

„Ich packe meine Koffer. - Sie kennen sicherlich dieses Kinderspiel, bei welchem jeder der Spielteilnehmer nacheinander anfügt, was er gerne in den Koffer packen möchte. Man muss sich immer mehr Begriffe merken. Und dann kommt es zu Verwirrungen und Verwechslungen. Warum erzähle ich Ihnen das? Ich erzähle es Ihnen, weil ich, ehrlich gesagt, manchmal den Eindruck habe, dass die aktuelle Regierungskoalition dieses Spiel gerne spielt. Sie packen in den Schulkoffer ein, was Sie gerne hätten.“

Die Grünen hätten gern die Fortsetzung des 9-Euro-Tickets, die SPD das Bürgergeld und die FDP, die scheinbare Einhaltung der Schuldenbremse, führte die Abgeordnete weiter aus. In Zeiten großer Herausforderungen sei es besonders wichtig, Prioritäten zu setzen. „Prioritäten setzen, das ist nicht einfach, das schmerzt; denn wer Prioritäten setzt, der enttäuscht“, so Launert. Man könne es mit dem Geldverteilen nicht allen recht machen. Daher müsse man in solchen Zeiten Mut haben. In dieser Hinsicht finde sie im Etat des Arbeits- und Sozialministeriums leider aber keine Anhaltspunkte. Sie könne eben diesen Mut nicht ansatzweise erkennen. Nichts sei sozial daran, wenn es sich ein Mensch nicht mehr leisten könne, Lebensmittel einzukaufen oder seine Wohnung zu heizen, oder wenn die Wirtschaft es sich aufgrund explodierender Stromkosten nicht mehr leisten könne, hier zu produzieren, betonte die Christsoziale am Ende ihrer Rede. Auch nach der Plenardebatte wird die Diskussion im Rahmen der weiteren Beratungen im Haushaltsausschuss weitergeführt. Launert warf der Ampel-Koalition in diesem Rahmen vor, nicht nach Einsparpotential zu suchen. Sie selbst habe allein 24 Einsparvorschläge beantragt.

Die abschließende Lesung des Haushaltsgesetzes ist für November angesetzt.

Unionsfraktion: Mittelkürzung für das THW muss verhindert werden!



Berlin. Klare Ansage der Unionsfraktion: Die von der Ampel-Regierung geplante Mittelkürzung um 30 Prozent für das Technische Hilfswerk muss verhindert werden! Um sich über das Thema noch einmal ausführlich auszutauschen, trafen sich die Abgeordneten von CDU und CSU Anfang Oktober mit Vertreterinnen und Vertretern des THW auf der Fraktionsebene des Deutschen Bundestages. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert war vor Ort: „Wir kämpfen mit aller Kraft gegen die immensen Mittelkürzungen um 30 Prozent der Ampelregierung! Ausgerechnet in diesem Bereich soll eingespart werden! Unfassbar!“ Dem THW komme nicht nur eine immens wichtige Rolle im Zusammenhang mit Großschadensereignissen zu, sondern auch bei der Sicherstellung der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen, so die Abgeordnete. „Unsere Forderungen sind daher: Erstens: Die geplanten Kürzungen rückgängig machen! Und zweitens: Eine möglichst schnelle Beschaffung der mobilen Stromerzeugung zur Überbrückung von Stromausfällen sicherstellen!“

Aber nicht nur beim THW, auch beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe plant die Ampel-Koalition massive Mittelkürzungen. Diese fallen mit fast 40 Prozent weniger noch dramatischer aus, sodass das Bundesamt künftig mit 173,7 Millionen Euro statt 285,9 Millionen Euro auskommen müsste. Auch insoweit sicherte die Unionsfraktion zu, mit Nachdruck alles zu tun, um die geplanten Kürzungen zu verhindern.

Sprach-Kitas droht das Aus – Union kämpft für Fortsetzung des Förderprogramms



Berlin. In insgesamt rund 6.900 Kitas wurden durch das Sprachförderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ mehr als 500.000 Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung gefördert. Doch dem bewährten Programm droht nun das Aus: Wie sich dem Gesetzentwurf der Ampel-Koalition zum Bundeshaushalt 2023 entnehmen lässt, will die Bundesregierung keine weiteren Fördermittel mehr für das Programm bereitstellen. Mit anderen Worten: Die Ampel plant, die Sprach-Kitas einzustampfen. Erst im Frühjahr hatte die Bundesregierung entgegen ihrer jetzigen Pläne sogar noch angekündigt, das Bundesprogramm nicht nur fortzusetzen, sondern sogar verstetigen zu wollen.

In der Unionsfraktion ist man über die Pläne der Ampel entsetzt. Die Unionspolitikerinnen und -politiker setzen sich seit Bekanntmachung der Mittelstreichung daher mit Nachdruck für eine Fortführung des erfolgreichen Programms ein. In einem vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag heben die Christdemokraten und Christsozialen hervor, dass bei Kindern mit sprachlichem Unterstützungsbedarf die Sprach-Kitas das Fundament für schulischen und beruflichen Erfolg sowie zur Partizipation und Integration legen würden. Es sei kurzfristig und unverantwortlich, wenn die Ampelfraktion das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ jetzt auslaufen lasse.

Die pandemiebedingten Lernrückstände wie aber auch die Betreuung zahlreicher aus der Ukraine nach Deutschland geflüchteter Kinder verdeutlichen die Wichtigkeit des Sprachprogramms und den akuten Handlungsbedarf mehr denn je. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert richtet deutliche Worte an die Ampel-Regierung: „Es ist absolut unverständlich und unverantwortlich, das sehr erfolgreiche Programm „Sprach-Kitas“ einzustellen. Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn und für gelungene Integration. Wer im Kindesalter den Anschluss verpasst, wird ihn im Erwachsenenalter nur schwer nachholen können. Die Bundesregierung muss daher schleunigst ihre Entscheidung korrigieren und das Bundesprogramm fortsetzen!“

Irgendwie habe ich den Eindruck, die Ampel spart kaum und wenn sie mal etwas kürzt, dann an der falschen Stelle!

Illegale Migration: Union fordert konsequenteres Vorgehen der Bundesregierung



Berlin. Die Anzahl der Geflüchteten, die nach Deutschland einreisen, ist in den vergangenen Monaten stark angestiegen. Viele Kommunen sind bereits an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Allein in dem Zeitraum Januar bis August 2022 wurden in Deutschland 132.600 Asylanträge gestellt (+35,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Bis Ende des Jahres werden rund 200.000 Asylanträge erwartet. Nicht enthalten in diesen Zahlen sind die rund eine Million nach Deutschland geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer, da diese kein Asylverfahren durchlaufen.

Angesichts dieser Ausgangssituation fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung dazu auf, irreguläre Migration konsequenter zu bekämpfen und insbesondere keine weiteren Anreize für illegale Migration zu setzen. Die Aufnahmekapazitäten müssten den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen. Das Abwarten der Bundesregierung in dieser Lage sei fahrlässig, führt die Union weiter aus. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert nimmt eine klare Haltung ein:

„In einer Situation wie dieser, in welcher wir Hilferufe aus den Kommunen in ganz Deutschland erhalten, setzt die Bundesregierung mit ihrem geplanten Chancen-Aufenthaltsrecht und weiteren Migrationspaketen noch zusätzliche Anreize für irreguläre Migration. Dies ist absolut unverantwortlich!“ Für die Union stehe außer Frage, dass man seiner humanitären Verpflichtungen nachkomme. Wer schutzbedürftig sei, etwa weil er vor Krieg und Verfolgung fliehe, den nehme Deutschland auf. Wenn man dieser Verpflichtung allerdings nachkommen wolle, dann müsse man zugleich illegale Migration konsequent unterbinden.

Dringenden Handlungsbedarf sieht die Union ebenfalls in Bezug auf die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Launert, welche die CSU im Innenausschuss vertritt, benannte in ihrer Plenarrede Mitte Oktober die wesentlichen Mängel. So würden einige der EU-Staaten über die Maßen belastet, geltendes Recht würde teilweise nicht angewandt beziehungsweise zum Teil nicht durchgesetzt, der EU-Außengrenzschutz funktioniere nur lückenhaft, ebenso die Registrierung. Zudem sei nur ein Bruchteil der Rückführungen erfolgreich. „Klar ist also: Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ist überfällig“, resümierte Launert. Allerdings liege die Lösung aus Sicht der Union nicht in einem deutschen Sonderweg. Erforderlich sei vielmehr ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Als konkrete Maßnahmen nannte Launert unter anderem die Etablierung von Asyl-Vorabprüfungen an den Außengrenzen, damit diejenigen, deren Schutzgesuche von vornherein keine Aussicht auf Erfolg hätten, keinen Zutritt in die EU bekämen. Zudem müsse Sekundärmigration effektiv unterbunden werden. Zum Abschluss richtete die Abgeordnete noch einen klaren Appell Richtung Ampel-Koalition, die unter anderem durch das geplante Chancenaufenthaltsrecht „einen Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik“ sowie einen „Paradigmenwechsel“ anstrebe: „Der Ex-Bundespräsident Joachim Gauck hatte Recht: Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich. Ich würde ergänzen: Effektiv helfen kann nur, wer sich nicht selbst überfordert.“

Vorratsdatenspeicherung - Union: Ampel muss das Urteil des EuGH jetzt schnell umsetzen und Kinder wirksam schützen!

Berlin. Der Europäische Gerichtshof hat Ende September sein Urteil zur deutschen Regelung der Vorratsdatenspeicherung gesprochen. Wie erwartet, erklärte der EuGH die allgemeine und unterschiedslose Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten für nicht vereinbar mit Unionsrecht. Zugleich hat das Gericht ausdrücklich Ausnahmen zugelassen. So ist eine befristete, allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen stets zulässig. Über die IP-Adresse lässt sich etwa herausfinden, von welchem Computer aus kinderpornografische Seiten im Internet bzw. Darknet aufgerufen wurden. Zudem stellte das Gericht klar, dass zum Schutz der nationalen Sicherheit Verkehrs- und Standortdaten allgemein und unterschiedslos auf Vorrat gespeichert werden dürfen, wenn sich der betreffende Mitgliedstaat einer ernststen Bedrohung für die nationale Sicherheit gegenübersteht. Eine solche Anordnung könne durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsstelle kontrolliert werden und dürfe nur für einen auf das absolut Notwendige begrenzten Zeitraum ergehen. Darüber hinaus dürfe zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit auf der Grundlage begrenzender Kriterien bezogen auf betroffene Personen oder mittels eines geografischen Kriteriums eine gezielte Vorratsspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten erfolgen, urteilten die Richter.

Unmittelbar nach Verkündung des Urteils richtete die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen klaren Appell an die Ampel-Koalition. Diese müsse jetzt so schnell wie möglich tätig werden und mithilfe einer rechtskonformen Ausgestaltung dafür sorgen, dass insbesondere Kinderpornografie im Netz effektiv bekämpft werden könne. Die Union verweist in diesem Zusammenhang auf die unmissverständlichen Aussagen von Ermittlern, nach welchen die Speicherung und der Zugriff auf IP-Adressen die wirksamsten Instrumente im Kampf gegen Kindesmissbrauch im Netz sind. So konnten etwa allein in den letzten fünf Jahren 19.150 Hinweise auf sexuellen Kindesmissbrauch, die den deutschen Behörden vom US-amerikanischen National Center for Missing and Exploited Children übermittelt wurden, nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adresse bei den Providern nicht vorhanden war. In einem vonseiten der Unionsfraktion eingebrachten Antrag bekräftigte die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ihren Appell. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert findet klare Worte:

„Die Ampel muss ihre internen Auseinandersetzungen jetzt schnell beenden und eine rechtskonforme Lösung auf den Tisch legen! Unsere Kinder und Jugendlichen müssen geschützt werden – und zwar jetzt!“



Silke Launert als stellvertretende Landesvorsitzende des Arbeitskreises Juristen der CSU wiedergewählt



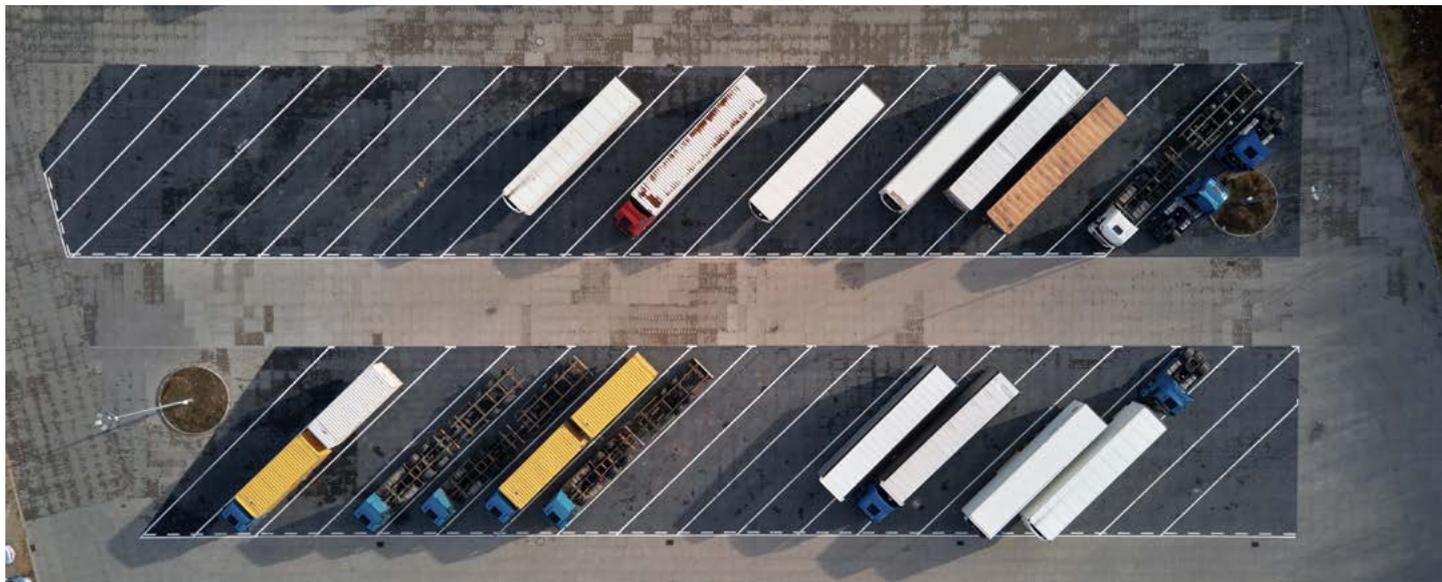
München. Anfang Oktober war es wieder so weit: Der Arbeitskreis Juristen der CSU kam in der bayerischen Landeshauptstadt zusammen, um seinen Landesvorstand neu zu wählen. In seinem Amt als Vorsitzender bestätigt wurde der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer. Ebenfalls wiedergewählt wurde die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert als eine der stellvertretenden Vorsitzenden.

„Als ehemalige Staatsanwältin und Richterin am Landgericht fühle ich mich den Rechts- und Verfahrensfragen immer noch sehr verbunden! Ich freue mich daher wirklich sehr, auch weiterhin in der Funktion als stellvertretende Vorsitzende in diesem Arbeitskreis mitwirken zu können. Die Debatten, die wir hier führen, sind rechtspolitisch von erheblicher Bedeutung und spielen für die Ausrichtung unseres Rechtsstaates eine wichtige Rolle“, so Launert. Zum Hintergrund: Die rechtspolitische Arbeit des AKJ ist seit seiner Gründung im Jahr 1967 darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen, die Freiräume des Einzelnen gegenüber dem Staat zu bewahren und den Rechtsstaat zu stärken. Rechtspolitik, als Reaktion auf den Wandel der Zeit und die naturwissenschaftlichen Entwicklungen, sei stets im Fluss und müsse sich ständig auf neue Herausforderungen einstellen, heißt es vonseiten der Arbeitsgruppe. Der Arbeitskreis sieht seinen satzungsmäßigen Auftrag demzufolge darin, Rechtsprobleme auf der Grundlage der rechts- und staatspolitischen Auffassung der Christlich-Sozialen Union zu erörtern und in seinem Wirkungsbereich für die Verbreitung des Gedankenguts der Christlich-Sozialen Union zu sorgen.

Neben den Vorstandswahlen und der Beratung von Anträgen stand aber auch noch eine rechtspolitische Diskussion auf dem Programm: „Aktuelle Rechtspolitik auf Landes- und Bundesebene – Wir wollen den Rechtsstaat stärken und nicht schwächen“ lautete der Titel des Kurvortrages, welcher vom bayerischen Justizminister Georg Eisenreich gehalten wurde und an welchen sich eine lebhafte Debatte der Teilnehmer anschloss.

„Massenverfahren, IP-Adressenspeicherung, Stellenbesetzung, e-Akte, die im Koalitionsvertrag der Ampel geplante Legalisierung von Cannabis, und und und... Über einen Mangel an Themen werden wir uns wohl auch in den kommenden Wochen und Monaten keine Sorgen machen müssen“, resümierte Silke Launert zum Abschluss der Veranstaltung.

Güterverkehrs- und Logistikbranche in der Krise - Union fordert Abfederung der Belastungen



Berlin. Nicht erst seit Ausbruch des Ukraine-Krieges und der damit einhergehenden Preissteigerungen, sondern bereits seit Beginn der Corona-Pandemie befindet sich die Güter- und Logistikbranche im Krisenmodus. Einschränkungen der Kapazität durch Schäden an der Infrastruktur, zunehmende Verkehrsbelastung, gestiegene Energiepreise: Die Problemlage ist komplex. In besonderem Maße betroffen sind Transportunternehmen, die in den vergangenen Jahren ihre Flotte auf die klimafreundliche Alternative LNG umgestellt haben. Wie die Branche berichtet, haben sich die Kosten sechs- bis verachtfacht. Hinzu kommt, dass jetzt auch noch aufgrund der Gas-Krise das AdBlue für Dieselmotoren knapp wird. Da fast jeder Lastwagen der Transportbranche in Deutschland mit Diesel fährt, drohen ganze Flotten und damit auch Lieferketten stillzustehen. In der Konsequenz würde dies dann unter anderem auf leere Regale in den Supermärkten hinauslaufen. Erst kürzlich hat einer der größten AdBlue-Produzenten in Deutschland, die SKW Stickstoffwerke Priesteritz in Wittenberg, mitgeteilt, dass aufgrund der hohen Gaspreise der Betrieb eingestellt worden sei. Zum Hintergrund: 40 Prozent des deutschlandweiten AdBlue-Bedarfs werden allein durch die Stickstoffwerke in Priesteritz gedeckt.

Nach Ansicht der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat die Bundesregierung bisher viel zu wenig getan, um auf die beschriebenen externen Faktoren angemessen zu reagieren. Sie fordert daher gezielte staatliche Hilfen für betroffene Unternehmen. Habe es während der Corona-Krise noch staatliche Unterstützungsleistungen für betroffene Unternehmen gegeben, warteten diese nun häufig vergeblich. Dazu käme, dass die Ampel-Regierung in ihrem aktuellen Haushaltsentwurf die Mittel für den Verkehrssektor kürzen wolle. CDU und CSU fordern daher die schnelle Einrichtung eines „Runden Tisches Güterverkehr und Logistik“, der Lösungsansätze für die derzeitige Krise der Güterverkehrs- und Logistikbranche erarbeitet und Empfehlungen für die Bundesregierung formuliert.

Ein weiteres Problemfeld ist der Fahrpersonalmangel in der Verkehrsbranche. Nach Angaben von Branchen- und Beschäftigtenvertretern fehlen bereits heute 1.500 Lokführerinnen und Lokführer, 80.000 Lkw-Fahrerinnen und Lkw-Fahrer, in den kommenden acht bis zehn Jahren zudem 36.000 Busfahrerinnen und Busfahrer. 42,6 Prozent der Betriebe im Verkehrssektor sowie im Bereich Lagerei meldeten nach Angaben des Münchner Ifo-Instituts Probleme bei der Suche nach qualifiziertem Personal. Aufgrund der Corona-Pandemie und des Angriffskrieges Putins auf die Ukraine hat sich diese besorgniserregende Entwicklung überdies beschleunigt. Die Unionsfraktion fordert insoweit unter anderem, den Beruf „LKW-/Berufskraftfahrer“ zum Engpassberuf zu erklären sowie die Erlangung des LKW-Führerscheins durch eine Reformierung des Berufsqualifikationsgesetzes zu erleichtern. Um das Thema stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber hinaus kürzlich einen Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Eine der Kernfragen an die Ampel-Koalition lautet, wie hoch die Bundesregierung den Bedarf an zusätzlichem Fahrpersonal im Güter-, Bus- und Schienenverkehr schätzt, um Lieferketten, Versorgungssicherheit und Personentransport auch weiterhin verlässlich aufrecht zu erhalten.

Union fordert: „Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen!“



Berlin. Die Inflationsrate ist immens gestiegen, Heizkosten und Lebensmittelpreise gehen durch die Decke. Jeder und jede einzelne bekommt diese Entwicklung derzeit schmerzhaft zu spüren. Ganz besonders betroffen sind jedoch die Alleinerziehenden. Denn sie arbeiten häufig in Teilzeit, was entsprechende Abstriche beim Verdienst zur Folge hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich daher mit Nachdruck für gezielte Unterstützungsmaßnahmen aus: Als Sofortmaßnahme fordert sie die nur hälftige Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss sowie die Anhebung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende auf 5.000 Euro. Zudem solle die Bundesregierung kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einführen und den Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anheben.

„Wir dürfen in dieser schwierigen Situation die Alleinerziehenden nicht aus dem Blick verlieren. Viele von ihnen waren schon vor den Preissteigerungen am Limit. Eine zusätzliche Belastung ist für meisten nicht mehr zu schultern. Es bedarf daher gezielter und spürbarer Sofortmaßnahmen“, fordert auch die Bundestagsabgeordnete Silke Launert.

Partnerschaftsgewalt: Niedrige Hilfsangebote ausweiten



Berlin. Leider ist das Thema nach wie vor hochaktuell: Partnerschaftsgewalt. Rund 146.500 Fälle gab es laut der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 2020. Dunkelfeldstudien legen nahe, dass 9 von 10 Fällen den Behörden überhaupt nicht bekannt werden. Was die Forschung auch zeigt, ist: Partnerschaftsgewalt ist in allen sozialen Schichten zu finden, wird nur selten angezeigt und trifft häufig mit Gewalterfahrungen in der Kindheit zusammen. Wie kann man die Situation für die Betroffenen verbessern? Wie können Opfer ermutigt werden, aus dem Dunkeln hervorzutreten? Hierüber hat die Innenpolitikerin und ehemalige Staatsanwältin Dr. Silke Launert mit Renate Schwarz-Saage, Mitarbeiterin beim Deutschen Forum für Kriminalprävention, per Videoschleife diskutiert.

Ansatzpunkte sehe sie, so Launert, unter anderem darin, bestehenden Hilfsangebote, wie etwa das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ noch stärker bekannt zu machen, niedrigschwellige, anonyme Angebote – insbesondere auch vor Ort – auszuweiten, mehr Frauenhausplätze zu schaffen, Frauenhäuser finanziell stärker zu unterstützen, Hilfsangebote für Kinder, die Zeugen von Partnerschaftsgewalt werden, zu etablieren sowie Polizei und Justiz speziell zu schulen.

Hier auch noch einmal der Hinweis auf das anonyme, kostenlose und rund um die Uhr erreichbare Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: Die Nummer lautet: 08000 116 016
Nähere Informationen gibt es auch unter <https://www.hilfetelefon.de/>

Bekämpfung des Fachkräftemangels: Union fordert zielgerichtete Maßnahmen



Berlin. Mittlerweile ist kaum eine Branche in Deutschland nicht vom Fach- und Arbeitskräftemangel betroffen. Nach aktuellem Stand sind 1,93 Millionen Stellen offen. Besonders viele Arbeitskräfte fehlen in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Experten rechnen damit, dass das Problem sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird, sollte dem Trend nicht gezielt gegengesteuert werden. Die grundlegende Ursache des Mangels liegt im demographischen Wandel. So ist jeder vierte Beschäftigte in Deutschland über 55 Jahre alt. So werden innerhalb der nächsten zehn Jahre rund 7,3 Millionen Beschäftigte aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Hinzu kommt, dass immer mehr Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen werden und diese Beschäftigten dann in den übrigen Bereichen fehlen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert von der Bundesregierung zielgerichtete Maßnahmen, um den Negativtrend zu stoppen und verweist darauf, dass auch im Hinblick auf die Energiewende oder den Wohnungsbau der Fach- und Arbeitskräftemangel ein gravierendes Problem darstelle. Fehlten Fachkräfte, würden Windräder und Solaranlagen nicht errichtet, Gebäude nicht energetisch saniert oder dringend benötigte Wohnungen nicht geschaffen.

„Es bedarf neben dringlichen Maßnahmen im Inland auch einer gezielten Fachkräftezuwanderung“, fordern CDU und CSU daher. Die Bundesregierung müsse jetzt aktiv gegensteuern, um die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu wahren und Wohlstand zu sichern. Einen wichtigen inländischen Lösungsansatz sieht die Union dabei in einer verbesserten Berufsorientierung an Schulen. Informationen über verschiedene Ausbildungs- und Berufsziele sowie die Wege dorthin müssten viel effizienter als bislang vermittelt werden. Darüber hinaus fordern CDU und CSU die Zusammenarbeit der Schulen mit den örtlichen Berufsinformationszentren und Jugendberufsagenturen zu verbessern. Auszubildende und ausbildende Betriebe müssten auf dem Ausbildungsmarkt besser zueinander gebracht werden.

Des Weiteren fordert die Fraktion: „Berufswegen der beruflichen Bildung müssen gleichberechtigt mit akademischen Berufsbildern behandelt werden.“ Ziel müsse es sein, die berufliche Bildung genauso zu unterstützen wie die akademische. In der Kostenübernahme für überbetriebliche Ausbildung, einer Exzellenz-Initiative für Berufsschulen, einem vollumfängliches „Azubi-Ticket“ für den ÖPNV in ganz Deutschland, einer Image-Kampagne und in weiteren Maßnahmen, die auf die besonderen Bedürfnisse der ländlichen Räume abgestimmt seien, sieht die Union vielversprechende Ansätze. Darüber hinaus fordert die Fraktion gerade Mädchen und Frauen in den MINT-Berufsfeldern und Handwerksberufen besonders zu fördern sowie gezielte Weiterbildungsformate und flexible Nach- beziehungsweise Teilqualifizierungen für Quereinsteiger zu unterstützen.

Eine weitere, an die Bundesregierung gerichtete, Kernforderung der Christdemokraten und Christsozialen besteht darin, die Sanktionen wegen Pflichtverletzungen für arbeitsfähige Bezieher von Grundsicherung umgehend wieder einzuführen und damit die Anreize für die Auf- und Annahme von angebotener Arbeit angesichts der großen Anzahl an Stellen wieder zu erhöhen. Nicht zuletzt sollte versucht werden, ältere Beschäftigte durch attraktivere Arbeitsbedingungen länger im Betrieb zu halten. Hierzu gehöre auch, die Beschäftigungsmöglichkeiten von Rentnern und Pensionären attraktiver zu gestalten.

Stabilitäts- und Wachstumspakt: Union fordert Stabilitätsunion statt Schuldenunion

Berlin. „Finanzielle Nachhaltigkeit ist ein Grundpfeiler erfolgreicher und verantwortungsvoller Politik.“ Mit diesen Worten leitet die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ihren Antrag zur besseren Durchsetzbarkeit des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein. Damit der Pakt seine Kernaufgaben, die Gewährleistung finanzieller Nachhaltigkeit und Sicherung der Budgetdisziplin der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, auch in Zukunft erfüllen kann, fordern CDU und CSU insbesondere eine Verschlankung auf wenige Grundregeln. „Für uns ist unabdingbar, dass das 60 %-Ziel zur Staatsschuldenquote sowie das 3 %-Ziel zur jährlichen Neuverschuldung erhalten bleibt“, lautet die klare Aussage der Fraktion. Auch die Zielsetzung eines verbindlichen Schuldenabbaus müsse Bestand haben. Darüber hinaus fordert die Union eine klare Reduzierung der Flexibilitätsklauseln auf Naturkatastrophen und extreme Wirtschaftskrisen. Europa dürfe nicht weg vom Stabilitätsprinzip hinein in die Schuldenfalle geführt werden, führen die Christdemokraten und Christsozialen in ihrem Antrag aus. Weiter heißt es: „Es gilt, vom Krisen- in den Regelmodus zurückzufinden und die vereinbarten Regeln wieder in Kraft zu setzen“. Klare Kante zeigt die Union auch in Bezug auf eine Vergemeinschaftung von Schulden: Derartigen Plänen erteilen CDU und CSU eine klare und unmissverständliche Absage. „Auch wenn ich die Tendenzen erkenne, warne ich davor, die aktuelle Situation zu nutzen, um in eine dauerhafte Schuldenunion einzusteigen“, so die Haushaltspolitikerin und Vorsitzende des Unterausschusses Europäische Union Dr. Silke Launert.



Senkung der Umsatzsteuer auf Lieferung von Gas

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat mit den Stimmen der Ampel-Koalition eine zeitlich befristete Senkung der Umsatzsteuer auf Lieferung von Gas auf sieben Prozent beschlossen. Bisher beläuft sich die Umsatzsteuer auf 19 Prozent. Die Absenkung bezieht sich auf den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024. Dies entspreche ebenjenem Zeitraum, in welchem auch die Gasbeschaffungsumlage erhoben werde, so SPD, Grüne und FDP in der zugehörigen Begründung. Damit den Kunden keine zusätzlichen Belastungen aus der obligatorischen Erhebung der Umsatzsteuer auf die Gasbeschaffungsumlage entstehen, soll die Umsatzsteuer auf den Gasbezug insgesamt gesenkt werden. Deutliche Kritik kommt vonseiten der Union: Die beschlossene Umsatzsteuersenkung ist nur ein Manöver, um die belastenden Folgen der verunglückten Gasumlage abzufedern. Diese sei unsozial, belaste die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich und sei zudem handwerklich fehlerhaft, so das Resumé der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hieran ändere auch die Senkung der Umsatzsteuer auf Gaslieferungen nichts. Mittlerweile steht fest: Die Gasumlage kommt nicht. An ihrem Gesetz zur Umsatzsteuersenkung hat die Ampel dennoch festgehalten.

Internationaler Tag der Gewaltlosigkeit

Berlin/München. Zum internationalen Tag der Gewaltlosigkeit am 2. Oktober wurde deutschlandweit für eine bessere Opferentschädigung geworben. Gefordert wird die Einreichung von Petitionen in allen Landtagen, die sich für eine umfangreichere Unterstützung der Betroffenen einsetzen. In Bayern wurde eine solche von Gudrun Stifter, die selbst mehrfach Opfer von Gewalt wurde, eingereicht. In dieser sprechen sich die Unterzeichner für die Errichtung von externen, unabhängigen Monitoringstellen zur Überprüfung des Opferentschädigungsverfahrens sowie für die Schaffung unabhängiger Beschwerdestellen für Gewaltopfer aus. Auswertungen zeigen, dass Unterstützung nach Partnerschaftsgewalt nach dem Opferentschädigungsgesetz fast zur Hälfte abgelehnt wird. Gudrun Stifter weist zudem darauf hin, dass durch die Art und Weise, wie mit Opfern während des Verfahrens umgegangen werde, nicht selten eine Retraumatisierung der Betroffenen stattfindet. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatsanwältin Dr. Silke Launert bezieht klar Position:

„Fakt ist: Es gibt noch viel zu tun! Opfer von Gewalt brauchen unsere Unterstützung! Konkret heißt dies: Es braucht mehr Frauenhausplätze und zugleich eine Verbesserung des Opferentschädigungsgesetzes, damit Betroffene leichter eine Entschädigung erhalten. Die von Gudrun Stifter ins Leben gerufene Petition ist daher ein tolles und wichtiges Projekt, das ich gerne unterstütze!“

Hinweis: Wer selbst Opfer von Gewalt geworden ist, oder Gewalt gegen eine andere Person in seinem Umfeld wahrnimmt, kann sich an das rund um die Uhr erreichbare, anonyme und kostenlose Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ wenden. Die Nummer lautet: 08000 116 016

FFP2-Maskenpflicht in Fernzügen und Fernbussen: Bundestag beschließt Änderung des Infektionsschutzgesetzes



Berlin. Unmittelbar nach dem Ende der parlamentarischen Sommerpause hat der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen. Seit Oktober sind die Änderungen in Kraft.

Zu den Kernregelungen zählt eine FFP2-Maskenpflicht in Fernzügen und Fernbussen. Bislang reichte eine OP-Maske aus. Kinder und Jugendliche von sechs bis einschließlich 13 Jahren sowie das Personal können auch weiterhin eine medizinische Maske (OP-Maske) tragen. In Flugzeugen gilt hingegen keine Maskenpflicht mehr. Für den Zutritt zu Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen besteht neben der Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske auch eine Testnachweispflicht. Anwendung findet diese Regelung auch auf Beschäftigte in ambulanten Pflegediensten sowie auf vergleichbare Dienstleister. Zudem besteht für Patientinnen und Patienten sowie Besucher in Arztpraxen, Dialyseeinrichtungen und weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens eine Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske.

Um die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems oder der sonstigen kritischen Infrastruktur zu gewährleisten, können die Länder über diese Regelungen hinausgehende weitere Schutzmaßnahmen beschließen. Hierzu gehören etwa der Erlass einer Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr oder in öffentlich zugängliche Innenräume, darunter auch für die Bereiche Kultur, Sport, Freizeit und Gastronomie. Allerdings soll von der Maskenpflicht befreit sein, wer einen Testnachweis vorlegen kann. Die Länder sind zudem dazu befugt, diese Ausnahme auf Personen auszuweiten, die nachweisen können, dass sie frisch geimpft oder genesen sind. Zur Aufrechterhaltung eines geregelten Präsenzunterrichtes können die Länder zudem, soweit dies erforderlich ist, in Schulen und sonstigen Ausbildungseinrichtungen für Beschäftigte und Schüler ab dem 5. Schuljahr eine Maskenpflicht erlassen.

Wird vonseiten eines Landesparlaments für das gesamte Bundesland oder eine bestimmte Region eine konkrete Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems oder der sonstigen kritischen Infrastruktur festgestellt, können weitere Maßnahmen angeordnet werden: Eine Maskenpflicht bei Veranstaltungen im Außenbereich, wenn ein Mindestabstand von 1,5 Meter nicht eingehalten werden kann, ein Abstandsgebot und eine Personenobergrenze für Veranstaltungen in öffentlich zugänglichen Innenräumen sowie die Verpflichtung zur Erstellung von Hygienekonzepten für Groß- und Einzelhandel, Betrieben, Einrichtungen, Gewerbe, Veranstaltungen im Freizeit-, Kultur- und Sportbereich.

Bundestag beschließt CO₂-Bepreisung auf Abfallverbrennung



Berlin. Der Deutsche Bundestag hat mit den Stimmen der Regierungskoalitionen eine Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes sowie eine Änderung der Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen beschlossen.

Durch die beschlossene Neuregelung wird die thermische Abfallverwertung (Abfallverbrennung) ab Beginn des kommenden Jahres mit einer CO₂-Bepreisung belegt. Die Unionsfraktion kritisiert diesen Beschluss und bemängelt, dass die Regierung damit einen nationalen Sonderweg einschlägt. Bisher gebe es auf Abfallverbrennung auf europäischer Ebene keine

derartige CO₂-Bepreisung. Diese belaste die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit mehreren Hundert Millionen Euro zusätzlich. Durch höhere Müllgebühren würden vor allem auch Haushalte mit geringem Einkommen überproportional belastet.

Darüber hinaus hat der Bundestag verschiedene Maßnahmen beschlossen, mithilfe derer eine Vereinfachung des Wechsels von Gas auf andere Energieträger sowie für eine Ausweitung der Stromproduktion aus Photovoltaik und Biogas erreicht werden soll. Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sei eine „unvorhersehbare, außergewöhnliche und

volatile Lage am Gasmarkt“ entstanden sei, heißt es in der zugehörigen Begründung. In der „angespannten Versorgungslage“ sei es daher erforderlich, Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz zügig durchzuführen. Um kurze Verfahrensdauern zu erreichen, müssten zeitlich befristete Erleichterungen eingeführt werden, so die Ampel-Koalition. Durch die beschlossene Änderung werden unter anderem bestimmte Einwendungsfristen von zwei Wochen oder einem Monat auf eine Woche verkürzt.

Union fordert aktives Wolfsmanagement



Berlin. Fakt ist: Die Wolfspopulation in Deutschland nimmt stetig zu. Rund 4.000 Weidetiere wurden im Jahr 2020 von Wölfen gerissen. Vor diesem Hintergrund fordert die Union in einem von ihr in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag ein „aktives Wolfsmanagement“ nach dem Vorbild von EU-Staaten wie Schweden, Finnland oder Frankreich. Dabei gelte es, den ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen, dem Schutz von Wölfen und Weidetieren wie den Bedürfnissen der Menschen gleichermaßen zu genügen. CDU und CSU verweisen darauf, dass die Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz im Jahr 2020, mit denen eine vereinfachte Entnahme von Wölfen beabsichtigt war, nicht die erhoffte Entlastungswirkung entfaltet hätten. Konkret fordert die Union die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement könnten die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes in angemessenen Ausgleich gebracht werden.

Digitalisierung standesamtlicher Verfahren: Ampel streicht die Möglichkeit der freiwilligen Religionsangabe



Berlin. Mit den Stimmen der Ampel-Fraktionen hat der Deutsche Bundestag eine Änderung des Personenstandsrechts beschlossen, mit welcher die Grundlagen für die elektronische Kommunikation von Bürgerinnen und Bürgern und von anzeigepflichtigen Einrichtungen mit dem Standesamt bei weitgehendem Verzicht auf die Vorlage urkundlicher Nachweise geschaffen werden. Damit einhergehend wurde die Möglichkeit einer freiwilligen Eintragung der Religionszugehörigkeit gestrichen. Die Unionsfraktion hatte mithilfe eines eigenen, im Plenum sodann aber abgelehnten, Antrags noch versucht, diese Möglichkeit beizubehalten. Für viele Bürger sei der Eintrag nicht nur ein Bekenntnis im Rahmen ihrer positiven Religionsfreiheit, sondern zugleich ein Ausdruck ihrer Identität. Mit der getroffenen Entscheidung dränge die Ampel die Religion immer weiter zurück, so CDU und CSU.

Erweiterung des Kreises der BAföG-Empfänger in Notlagen



Berlin. Bereits zum 1. August ist die BAföG-Reform in Kraft getreten. Nun hat der Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Koalition zusätzlich einen Notfallmechanismus beschlossen, durch welchen schneller auf Notlagen, wie etwa zuletzt in der Corona-Krise, reagiert werden kann. Die Nothilfeförderung soll dann auch für diejenigen zugänglich sein, die ansonsten aus persönlichen Gründen keinen Anspruch auf BAföG hätten, etwa im Falle der Überschreitung der Altersgrenze oder der Förderhöchstdauer oder auch im Falle eines Fachrichtungswechsels. Die Union hatte in einem eingebrachten Änderungsantrag gefordert, das BAföG-Verfahren vollständig digital aufzusetzen.

Am 1. August in Kraft getretene Änderungen:

- > Anhebung der Freibeträge um 20,75 Prozent,
- > Erhöhung der Bedarfssätze um 5,75 Prozent
- > Erhöhung des Wohnzuschlags von 325 Euro auf 360 Euro für Empfängerinnen und Empfänger, die nicht bei den Eltern wohnen
- > Anhebung der Altersgrenze von 30 Jahren auf 45 Jahre bei Beginn der Ausbildung
- > Erhöhung der Zuschläge für Studiengebühren im Ausland von 4.600 Euro auf 5.600 Euro

Bundestag beschließt Verlängerung und Erweiterung des vereinfachten Zugangs zum Kurzarbeitergeld



Berlin. Mit den Stimmen der Regierungskoalitionen hat der Deutsche Bundestag einen Gesetzentwurf beschlossen, nach welchem der vereinfachte Zugang zum Kurzarbeitergeld bis Mitte nächsten Jahres weiter über Verordnungsermächtigungen erleichtert werden kann. Ursprünglich war der vereinfachte Zugang während der Corona-Pandemie geschaffen worden und mehrfach über Verordnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verlängert worden. Mit der Änderung wird die ursprüngliche Verordnungsermächtigung zudem ausgeweitet. Das Kurzarbeitergeld wird nun auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter geöffnet. Zudem wird wieder eine 100%ige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge eingeführt. Zum Hintergrund: Bis Dezember 2021 wurden die vom Betrieb während der Kurzarbeit allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zu 100 Prozent pauschaliert erstattet. Von Januar 2022 bis Ende März 2022 betrug die Erstattung 50 Prozent. Im April 2022 fiel die Erstattung weg.

Die Unionsfraktion kritisiert das Vorgehen der Ampel-Koalition: Das Instrument des Kurzarbeitergeldes diene dazu, auf kurze konjunkturelle Einbrüche angemessen und zielgenau zu reagieren. Allerdings sei es nicht die Antwort auf langfristige gesamtgesellschaftliche Herausforderungen.

„Das Kurzarbeitergeld hat sich während der Corona-Krise bewährt. Aber: Die Situation jetzt ist eine andere als während der Pandemie: Wir wollen die Betriebe „am Laufen“ halten. In der aktuellen Situation einen Anreiz zu setzen, den Betrieb herunterzufahren, ist das absolut falsche Zeichen. Was unsere Unternehmen stattdessen brauchen, sind gezielte Unternehmenshilfen“, so die Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert.

Mehr Wertschätzung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter: Union fordert Reformierung des Schöffengerichts

Berlin. Fast fünf Jahrzehnte ist es mittlerweile her, dass das Schöffengericht reformiert wurde. Seitdem ist viel passiert. Die Gesellschaft und insbesondere auch das Arbeitsleben haben sich erheblich verändert. Um die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter besser zu fördern und ihnen gesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen, fordert die Union eine Reformierung der einschlägigen Regelungen. „Ehrenamtliche Richterinnen und Richter

leisten einen wichtigen Beitrag in der Justiz und für die Gesellschaft“, so die deutlichen Worte der Christdemokraten und Christsozialen. Sie seien ein wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, führt die Fraktion in einem von ihr eingebrachten Antrag weiter aus. Die Fraktion fordert unter anderem eine Verbesserung, des Kündigungsschutzes, eine Anpassung der Altershöchstgrenze von 70 auf 75 Jahren sowie die Festsetzung eines

bundeseinheitlichen Wahltages zur ehrenamtlichen Richterwahl. Darüber hinaus sollen die Freistellungsregelungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter unter besonderer Berücksichtigung der Zeiten außerhalb der Kernarbeitszeiten verbessert werden.

Union fordert Bewegungsgipfel

Berlin. Mangelnde Bewegung schadet Körper und Geist. Eine Erkenntnis, die nicht neu ist. Neu und erschreckend ist allerdings die Anzahl der Menschen, die sich seit Ausbruch der Corona-Pandemie zu wenig bewegt. Besonders betroffen von diesem Negativtrend sind Kinder und Jugendliche. Wie sich aktuellen Forschungen entnehmen lässt, bewegen sich 44 Prozent der Kinder seit der Pandemie weniger. 16 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind während der Corona-Krise dicker geworden. Diese Entwicklung dürfe sich nicht fortsetzen, so die Union und fordert die Einrichtung eines Bewegungsgipfels. Besonders in den Fokus rücken soll dabei auch der Vereinssport. „Insbesondere der vereinsorganisierte Sport dient der Prävention und Förderung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wie auch Erwachsenen“, so die größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag. Dabei sei ferner zu berücksichtigen, dass vor allem für Kinder und Jugendliche Aktivitäten in Vereinen oder Verbänden dazu beitragen, deren Persönlichkeit nachhaltig zu stabilisieren.

Ein weiteres Problem sieht die Union in der wachsenden Anzahl der Nichtschwimmer und verweist dabei auf eine repräsentative Forsa-Umfrage der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft aus dem Jahr 2017. Diese habe ergeben, dass fast 60 Prozent der Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer seien. Dieser Trend sei nun durch die Pandemie nochmal deutlich verstärkt worden, da Schwimmunterricht ausfiel und in Schwimmbädern nur ein eingeschränkter Betrieb stattgefunden habe. Einen weiteren Fokus legen CDU und CSU in ihrem Antrag auf die Barrierefreiheit von Sportanlagen. Über 90 Prozent der Anlagen in Deutschland seien nicht barrierefrei und könnten somit von Personen mit körperlichen oder visuellen Behinderungen nicht genutzt werden.

Mithilfe des eingeforderten Bewegungsgipfels sollten daher dringend die aktuellen Handlungsfelder identifiziert, Lösungsansätze erarbeitet werden und dabei eine besondere Schwerpunktsetzung auf die Bedürfnisse von

Menschen mit Behinderungen erfolgen. Zudem fordert die Union die Bundesregierung dazu auf, Strategien zu entwickeln, welche die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Senioren unmittelbar berücksichtigen und unter anderem Bewegungsförderung und -freundlichkeit als Qualitätsmerkmal beim Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen systematisch aufgreifen und umsetzen. Darüber hinaus solle der Bedarf an geeigneten Sportstätten und Schwimmbädern ermittelt sowie Missstände und Defizite zeitnah behoben werden. Unter Einbeziehung von Ländern und Kommunen fordert die Union die Entwicklung eines erweiterten Angebots für Menschen mit Behinderungen, um sicherzustellen, dass Sportstätten Barrierefreiheit im umfassenden Sinne aufweisen und mehr Menschen mit Behinderungen Sport treiben können.



Promovierte aufgepasst: Bewerbungen für den Deutschen Studienpreis



Berlin/Bayreuth. Es ist wieder so weit: Die Ausschreibung für den Deutschen Studienpreis hat begonnen. Mit dem Preis werden Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aller Fachrichtungen ausgezeichnet, die in diesem Jahr eine exzellente Dissertation von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung vorgelegt haben. Die drei Spitzenpreise sind mit je 25.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 1. März 2023. Nähere Informationen zu den Teilnahmebedingungen finden sich unter: www.koerber-stiftung.de/projekte/deutscher-studienpreis/teilnehmen/

200 Euro-Einmalzahlung an Studierende und Fachschüler: Union fordert schnelle Auszahlung

Berlin. Eigentlich sollten auch sie endlich eine Entlastung erhalten: Die Studierenden sowie Fachschülerinnen und Fachschüler, die bislang im Hinblick auf Unterstützungsmaßnahmen weitgehend außen vor gelassen wurden. Im Rahmen des Entlastungspakets III ist für sie nun eine Einmalzahlung von 200 Euro vorgesehen. Nur leider ist bislang nicht viel passiert. Seit mittlerweile fast zwei Monaten lässt die Bundesregierung die Studierenden und Fachschüler warten. „Die interne Zeitplanung der Bundesregierung, eine Auszahlung erst im kommenden Jahr vorzunehmen, ist inakzeptabel und losgelöst von der sich aktuell zuspitzenden Lage der Bundesregierung“, so die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie fordert die Bundesregierung daher dazu auf, die Einmalzahlung unbürokratisch bis aller spätestens zum 15. November auszuführen sowie sicherzustellen, dass das Antrags- und Bewilligungsverfahren unbürokratisch und rein digital erfolgt. „Erst hat die Bundesregierung die Studierenden und Fachschüler bei der Energiepreispause schlichtweg vergessen. Und jetzt müssen sie auch noch auf das zugesagte Geld warten. Dieses Zeitmanagement verkennt die ernste Situation für die Betroffenen! Die Bundesregierung, allen voran die Bildungsministerin, muss jetzt schnell Abhilfe schaffen!“, so die Bayreuther Abgeordnete Silke Launert.

KfW-Förderung: Mehr Gelder für die Landkreise Bayreuth und Forchheim

Berlin/Bayreuth/Forchheim. Gute Neuigkeiten für die Landkreise Bayreuth und Forchheim: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (kurz KfW) hat in der ersten Hälfte des Jahres Fördergelder in Höhe von insgesamt 89 Millionen Euro für die Stadt Bayreuth, den Landkreis Bayreuth und den Landkreis Forchheim bereitgestellt. So erhielt der Landkreis Bayreuth insgesamt 22 Millionen Euro sowie der Landkreis Forchheim 21,8 Millionen. Der Stadt Bayreuth wurden Gelder in Höhe von 45,2 Millionen Euro gewährt. Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen profitieren von den bereitgestellten Geldern. Ebenfalls gefördert werden der altersgerechte Umbau und der Ausbau erneuerbarer Energien in den Gemeinden.

Die direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Bayreuth/Forchheim, Dr. Silke Launert, freut sich über die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel. Durch die Förderung der KfW würden die Unternehmen sowie wichtige Projekte in der Region stärker unterstützt. Verbesserte Förderangebote für mittelständische Unternehmen, Verbesserung von Digitalisierungsangeboten und Investitionen in Klimaschutz und eine nachhaltige Zukunft seien bedeutend für Bayreuth, Forchheim und Umgebung, führt die Abgeordnete weiter aus. Gleichzeitig helfe die KfW der Wirtschaft in den Landkreisen bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges und bei den steigenden Gas- und Energiepreisen. Auch in Zukunft erhofft sich die Abgeordnete, dass mehr finanzielle Leistungen der KfW in den Landkreis Bayreuth sowie den Landkreis Forchheim fließen, um die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten vor Ort verbessern zu können.

Union fordert zügigere Waffenlieferungen zur Unterstützung der Ukraine



Berlin. Über ein halbes Jahr dauert der Krieg in der Ukraine nun schon an. Um die Ukrainer im Kampf gegen Putin zu unterstützen, hat der Deutsche Bundestag Ende April für eine Lieferung auch schwerer Waffen an die Ukraine gestimmt. Die Unionsfraktion wirft der Bundesregierung nun vor, nicht schnell genug und nicht ausreichend zu liefern. „Je zügiger die Ukraine militärische Erfolge erzielt, desto besser wird ihre Verhandlungsposition und desto schneller endet der Krieg“, so CDU und CSU. Die Ukraine müsse den Krieg gewinnen, dies liege im deutschen und europäischen Sicherheitsinteresse, so die Union weiter. Hierfür brauche es die notwendige Ausstattung mit Material. In einem von ihr auf den Weg gebrachten Antrag fordert die Fraktion die Bundesregierung daher dazu auf, die Genehmigung für die Ausfuhr von Kampf-, Schützen- und Transportpanzern aus Industriebeständen an die Ukraine umgehend zu erteilen und darüber hinaus schwere Waffen, insbesondere gepanzerte Gefechtsfahrzeuge und mehr weitreichende Artillerie, auch aus den Beständen der Bundeswehr an die Ukraine zu liefern. Zudem solle die Regierung die sofortige Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten an diesem schweren Gerät durch die Bundeswehr sicherstellen sowie aus den Beständen der Bundeswehr an die Regierung der Ukraine abgegebene Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile unverzüglich wieder nachbeschaffen.

Klausurtagung der AG Innen in Heilbronn



Berlin. „Zwei spannende, aber auch sehr arbeitsame Tage“, fasst die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Innenpolitikerin Dr. Silke Launert die Klausurtagung der Arbeitsgruppe Innen und Heimat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitte September in Heilbronn zusammen.

An Diskussionspunkten mangelte es den Innenpolitikerinnen und -politikern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wahrlich nicht. Im Fokus der Tagung standen die Themen Migration und Cybersicherheit. Nachdem ihr Bundestagskollege aus NRW, Detlef Seif, einen Überblick über die allgemeine Flüchtlingslage gegeben hatte, referierte Silke Launert zu den aktuellen Plänen der Ampel-Regierung, ein sogenanntes Chancenaufenthaltsrecht einzuführen. Danach soll einem geduldeten Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn er sich am 1. Januar 2022 seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen, geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Bundesgebiet aufgehalten hat. Voraussetzung hierfür ist, dass der Betroffene sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Rechts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt, keine Verurteilung wegen einer erheblichen vorsätzlichen Straftat vorzuweisen sowie die eigene Abschiebung nicht durch Falschangaben verhindert hat. Nicht erforderlich sind hingegen die geklärte Identität des Betroffenen sowie der Nachweis, dass die

Sicherung des Lebensunterhaltes gewährleistet ist. „Die Neuregelung setzt einen massiven Anreiz für illegale Migration und höhlt das bestehende Asylsystem aus“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete. Die Duldung sei eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung von eigentlich ausreisepflichtigen Personen. Die neue Regelung bedeutet damit im Kern die Legalisierung des illegalen Aufenthalts trotz Ausreisepflicht.

Darüber hinaus sollen dem Entwurf nach Geduldete unter 27 bereits nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. Bislang galt die entsprechende Norm nur für unter 21-Jährige. Zudem wurde ein vierjähriger Aufenthalt vorausgesetzt. Die Meinung der AG-Mitglieder fiel eindeutig aus: Das Gesetz sei das Gegenteil einer verantwortungsvollen Migrationspolitik. Anschließend an Launerts Vortrag tauschten sich die Abgeordneten noch mit dem Präsidenten des BAMF zur aktuellen Migrations- und Flüchtlingslage aus.

Zu den weiteren Tagesordnungspunkten gehörten ein Vortrag des Bundestagsabgeordneten Moritz Oppelt über das Thema IT-Sicherheitskonzept der Bundesregierung, ein Gespräch mit dem Ministerialdirektor Stefan Krebs, Beauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg für Informationstechnologie zur IT- und Cybersicherheit sowie ein Gespräch mit führenden Mitarbeiterin einer IT-Firma. Silke Launert zeigte sich von dem Austausch mit den Praktikern beeindruckt: „Die Herausforderungen im Bereich Cybersicherheit sind wirklich enorm. Es wird noch vieles in diesem Bereich auf uns zukommen, auch nach dem Ukraine-Krieg“, so Launert. Darüber hinaus beschäftigten sich die Innenpolitiker intensiv mit der Themenplanung der Arbeitsgruppe für das zweite Halbjahr.

Bei all den politisch schweren Themen sollte aber auch das Persönliche nicht zu kurz kommen: In diesem Sinne stand auch ein gemeinsamer Spaziergang zum Abendessen in der „Gollerthan-Weinlaube“ und ein gemeinsamer Besuch des 50. Heilbronner Weindorfes auf der Tagesordnung.

„Es ist wirklich schön, die Kolleginnen und Kollegen auch mal jenseits des Arbeitsalltags in Berlin zu treffen und sich in einem persönlicheren Rahmen auszutauschen. Diese zwei Tage haben uns nochmal ordentlich neuen Schwung für die kommenden Monate gegeben!“, so Launert zum Abschluss der Tagung.

Corona-Pandemie: Union dringt auf weitere Unterstützung von Schülerinnen und Schülern

Berlin. Lern- und Entwicklungsrückstände, psychische Probleme – die Corona-Pandemie hat bei Kindern und Jugendlichen erhebliche Spuren hinterlassen. Um die entstandenen Lerndefizite, aber auch die psychosozialen Folgen abzumildern, hatte die vergangene unionsgeführte Bundesregierung das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ ins Leben gerufen. Dieses soll laut den Plänen der amtierenden Bildungsministerin Stark-Watzinger nicht verlängert werden. Geplant ist stattdessen ein sogenanntes „Startchancen-Programm“, das dauerhafte Investitionen in ausgewählten Schulen vorsieht. Angesichts der Tatsache, dass es an einer Verankerung im Haushaltsetat für das kommende Jahr fehlt, kann das Programm jedoch frühestens im Jahr 2024 starten. Das geplante Programm sei kein Ersatz für das bisherige, da es die notwendige Abmilderung der Pandemiefolgen für Kinder und Jugendliche vollkommen außer Acht lasse, heißt es dazu vonseiten der Unionsfraktion. Das Handeln der Bundesregierung sei verantwortungslos, so die Fraktion weiter. Sie fordert daher in einem von ihr in den Bundestag eingebrachten Antrag die Bundesregierung dazu auf, kurzfristig mit den Ländern die Verhandlungen zu einem besseren neuen Förderprogramm des Bundes zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen beim Aufholen von pandemiebedingten Lernrückständen und zur Milderung von psychosozialen Folgen aufzunehmen beziehungsweise alternativ das bestehende Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ für die Jahre 2023 bis 2024 zu verlängern. Darüber hinaus drängt die Union auf die Schaffung einer digitalen Aufholstrategie, in deren Mittelpunkt alternative Lernansätze stehen sollen.

Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises



Berlin. Anfang September verlieh die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (Vereinigung von CDU und CSU; kurz: MIT) wieder den Mittelstandspreis in Berlin. Je ein Akteur aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wurden mit dem Preis geehrt. Der Preisträger in der Kategorie Politik ist der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff MdL. Den Preis in der Kategorie Gesellschaft erhielt der Epidemiologe Professor Klaus Stöhr. In der Kategorie Unternehmen wurde der deutsche Luftfahrt-Ausrüster Autoflug ausgezeichnet. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert nahm an der Veranstaltung teil und gratulierte: „Herzlichen Glückwunsch an alle Preisträger! Jeder sollte sich bewusst machen, wie sehr unser aller Lebensstandard von den deutschen mittelständischen Betrieben abhängt!“



Deutscher Bundestag gedenkt dem Friedensnobelpreisträger Michail Gorbatschow

Berlin. Am 7. September hat der Deutsche Bundestag dem früheren sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow gedacht und sich zu einer Schweigeminute erhoben. Der Friedensnobelpreisträger war am 30. August im Alter von 91 Jahren in Moskau verstorben. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete würdigte Gorbatschows Verdienste:

„Wir haben ihm viel zu verdanken! Schade, dass seine Beerdigung in Russland ohne deutsche beziehungsweise europäische Staatsgäste stattfinden musste! Wenigstens wir sollten nochmal betonen, welche historische Leistung er für Deutschland und Europa erbracht hat! Ein Mann, der sich dafür entschied, im entscheidenden Zeitpunkt in der DDR auf Gewalt zu verzichten!“

Bayreuth zu Besuch in Berlin!



Berlin/Bayreuth. Mehrmals im Jahr kommen Besuchergruppen aus dem Wahlkreis der Bundestagsabgeordneten Silke Launert nach Berlin, um für drei Tage die Stadt kennenzulernen. Organisiert werden die Fahrten vom Bundespresseamt in Zusammenarbeit mit dem Büro der Abgeordneten. Und auch im Oktober war es wieder so weit! Die Besuchergruppe, welche aus 50 Personen bestand, lernte drei Tage lang Berlin kennen. Neben einem Essen in 207 Metern Höhe auf dem Fernsehturm am Alexanderplatz und einer Stadtrundfahrt bekamen die Teilnehmer einen Einblick in die parlamentarischen Strukturen, Arbeitsweisen und Prozesse im politischen Berlin. Mit inbegriffen war eine Führung durch das Reichstagsgebäude sowie ein persönliches Gespräch mit Silke Launert. Die Teilnehmer, welche sich sehr für die aktuellen politischen Themen interessierten, diskutierten mit der Bundestagsabgeordneten in einer offenen Gesprächsrunde. Dabei ging es zum einen um allgemeinere Themen, wie die Anzahl der Bundestagsabgeordneten im Parlament, zum anderen um die aktuelle Gas- und Ölkrise. Den Besuchern war es auch möglich, individuelle persönliche Fragen zu stellen, die Silke Launert gerne beantwortete. Den runden Abschluss bildete ein gemeinsames Bild mit dem Panorama Berlins auf der Kuppel des Reichstagsgebäudes.

„Schön, dass ihr da wart!“, bedankte sich Silke Launert bei der Gruppe und freute sich auf ein Wiedersehen in Bayreuth. Hinweis: Jedem ist es möglich an den Fahrten teilzunehmen. Wenn bei Ihnen das Interesse geweckt ist, melden Sie sich bitte im Büro von Frau Dr. Silke Launert.



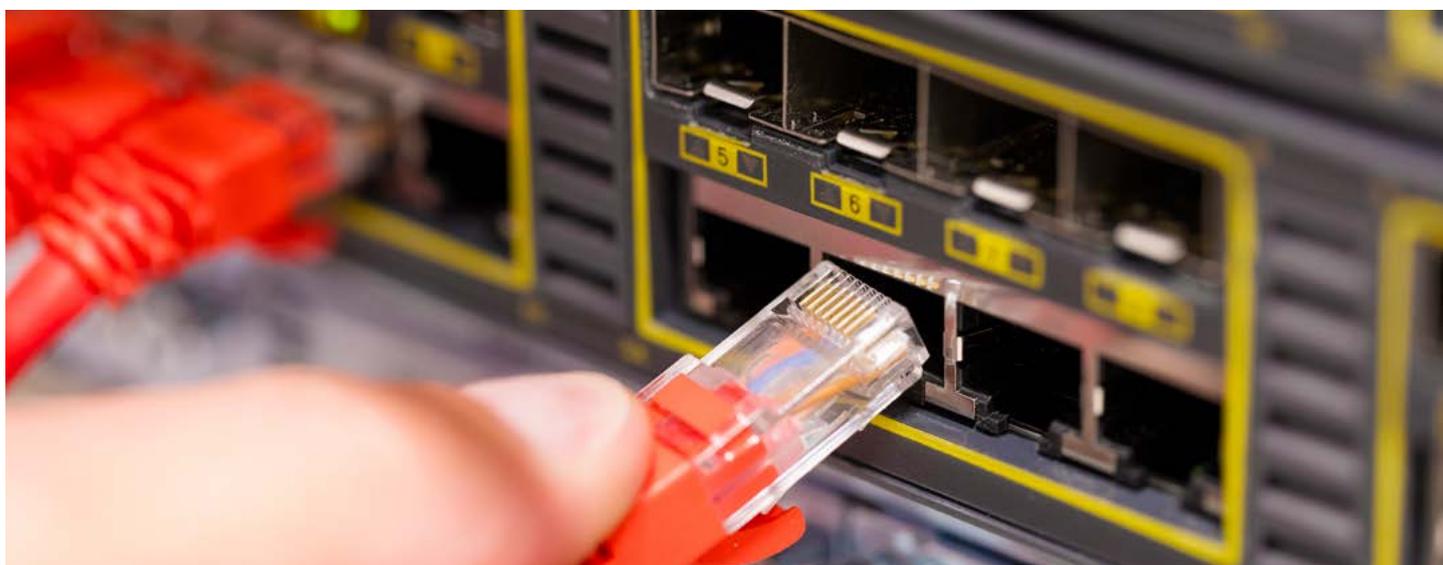
Härtefallfonds für Ost-West-Rentenüberleitung, Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer droht zu scheitern



Berlin. Mangels einer Einigung des Bundes mit den Ländern droht der Härtefallfonds für die Ost-West-Rentenüberleitung, für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer zu scheitern. Ende Juni 2021 hatte die damals amtierende unionsgeführte Bundesregierung eine Milliarde Euro zur Errichtung eines Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in den Haushaltsplan eingestellt. Im Rahmen einer Länderbeteiligung sollte das Fondsvolumen um den gleichen Betrag ergänzt werden und sich somit auf insgesamt zwei Milliarden Euro belaufen. In ihrem Koalitionsvertrag hatte dann die neue Ampel-Regierung angekündigt, den geplanten Fonds aus der 19. Wahlperiode umzusetzen. Von diesen Plänen ist allerdings nicht viel übrig geblieben, wenn man sich den Haushalt für 2022 sowie den Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 anschaut. In den Haushalt für das Jahr 2022 sind lediglich 500 Millionen Euro eingestellt worden, also die Hälfte der ursprünglich geplanten Gelder. Im Haushaltsplan 2023 ist keinerlei weitere Finanzierung mehr vorgesehen. Damit will sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zufrieden geben und hat Ende Oktober einen Antrag eingebracht, in welchem sie die Fortführung des Fonds mit den ursprünglich zugesagten finanziellen Mitteln fordert. „Verantwortung, Vertrauen, Verlässlichkeit“ darauf käme es an, wenn man in Regierungsverantwortung stehe, so Silke Launert in ihrer Plenarrede. Die Bundesregierung lasse die Menschen, die auf die Zusagen der Regierung vertraut hätten, im Stich. Allein auf die Länder zu verweisen, genüge nicht. Die Bundesregierung müsse alles dafür tun, dass eine Einigung doch noch zustande komme. Falls dies trotz stärkster Bemühungen nicht gelinge, sei es das Mindeste, das bundesseitige Versprechen einzuhalten und die vorgesehene Bundes-Milliarde für den Fonds zur Verfügung stellen, so die Abgeordnete.

Bundesregierung will Förderung des Breitbandausbaus stoppen

Berlin. Die Nachricht kam aus dem Nichts: Die Ampel-Koalition will das Bundesprogramm zur Gigabitförderung stoppen. Die Entscheidung müsse umgehend rückgängig gemacht werden, so die unmissverständliche Reaktion der Union. Die plötzliche Einstellung des Programms sei ein herber Schlag für den ländlichen Raum sowie alle Menschen, die dort lebten und auf den Glasfaserausbau dringend angewiesen seien. Nach dem plötzlichen Stopp für die KfW-Gebäudeförderung Anfang des Jahres sei dies ein erneuter massiver Vertrauensbruch. Nicht wenige Kommunen hätten bereits in Planungen investiert. Auch die Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert kritisiert die Entscheidung scharf: „Als Haushälterin kann ich sagen: Ich verstehe die Ampel wirklich nicht: Sie sparen fast nirgends ein und die wenigen Versuche, die sie machen, setzen an der völlig falschen Stelle an. Sprachkitas, THW, energetische Förderung und jetzt auch noch die Gigabitförderung – unglücklich! All diese Fehlentscheidungen müssen rückgängig gemacht werden und zwar so schnell wie möglich!“



Bundestag verlängert Bundeswehreinsatz im Irak

Berlin. Der Deutsche Bundestag hat Ende Oktober in namentlicher Abstimmung für eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes gestimmt. Ziel des Einsatzes ist es, die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte nachhaltig zu befähigen, die Sicherheit und Stabilität in Irak eigenständig zu gewährleisten und ein Wiedererstarken der Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates (IS) zu verhindern. Der Beschluss des Parlaments deckt die Entsendung von wie bisher bis zu 500 Bundeswehrsoldaten,

welche die regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten und unter anderem Aufgaben wie Lufttransport, See- und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung und Lagebilderstellung übernehmen sollen. Zur Begründung der Verlängerung wird angeführt, dass auch wenn die zusammenhängende territoriale Kontrolle des IS über Gebiete im Irak und in Syrien durch die internationale Anti-IS-Koalition und ihre regionalen Partner im März 2019 erfolgreich gebrochen worden sei,

der bewaffnete Angriff der Terrororganisation weiterhin andauere. So verfüge der IS weiterhin im IS-Kerngebiet über die Ressourcen, militärische Mittel und den Willen, zeitlich und räumlich begrenzt eine territoriale Kontrolle auszuüben. Die Terrororganisation sei weiterhin fähig und willens, Anschläge in Irak, Syrien und Europa sowie darüber hinaus zu verüben, so die Bundesregierung.

Bundestag verabschiedet Finanzpaket für gesetzliche Krankenkassen – Union: „Problemverschiebegesetz“

Berlin. Mit den Stimmen der Regierungskoalition hat der Deutsche Bundestag eine Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherungen verabschiedet. Kernelemente des Pakets sind neben einem höheren Bundeszuschuss auch höhere Beiträge der Versicherten. Vorgehen sind ferner Einsparungen, indes keine Leistungskürzungen. Der sogenannte variable Zusatzbeitrag für Versicherte wird 2023 steigen. Auf Grundlage der Ergebnisse des sogenannten Schätzerkreises im Herbst wird das Bundesgesundheitsministerium den durchschnittlichen Zusatzbeitragsatz festsetzen. Die Bundesregierung rechnet mit einer Anhebung um 0,3 Prozentpunkte. Zugleich wird der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds für das kommende Jahr um zwei auf 16,5 Milliarden Euro anwachsen. Darüber hinaus wird der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren.

Vonseiten der Opposition hagelt es Kritik. Unions-Gesundheitsexperte Tino Sorge bezeichnet das Gesetz etwa als ein „Problemverschiebegesetz“. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte auch einen eigenen Antrag in den Bundestag eingebracht, der allerdings abgelehnt wurde. Dieser sah vor, dass die gesetzlichen Krankenkassen sich in zwei Stufen anteilig mit einem Solidarausgleich an der Stabilisierung der Beitragsätze beteiligen sollten. Dazu sollten die Liquiditätsreserven weiter abgeschmolzen werden. Ferner sollte nach dem Entwurf die Obergrenze für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds halbiert werden, um Mittel für höhere Zuweisungen an die Krankenkassen freizuschaffen.

Darüber hinaus fordert die CDU/CSU-Fraktion ein Soforthilfeprogramm für Krankenhäuser, um Kostensteigerungen aufzufangen. Auf die

Krankenhäuser wirkten zahlreiche Preiserhöhungen parallel ein, insbesondere die Energiekosten sowie die Kosten von Waren- und Medizinprodukteherstellern, so CDU und CSU. Die kurzfristig nur in Teilen refinanzierbaren, inflationsbedingten Kostensteigerungen brächten die Krankenhäuser in eine wirtschaftliche Schieflage, die es mit einem Soforthilfeprogramm abzuwehren gelte. Durch einen gesetzlich verankerten unterjährigen Rechnungszuschlag mit Wirkung ab dem 1. Juli 2022 in Höhe von 4,54 Prozent im Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) sowie in Höhe von 2,27 Prozent in der Bundespflegeverordnung (BpflV) könnten die Kostensteigerungen für 2022 abgedeckt werden.



Franken-Sachsen-Magistrale: „Kein Verständnis für Stopp des Projekts!“



Berlin/Bayreuth. Die Franken-Sachsen-Magistrale steht nach aktuellen Berechnungen der Deutschen Bahn aufgrund eines zu geringen Kosten-Nutzen-Faktors vor dem Aus. „Ein Stopp des Projektes wäre fatal! Wer sich gegen die Elektrifizierung entscheidet, trifft zugleich auch eine Entscheidung gegen die Verkehrswende und unsere Region!, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die bereits seit langem für das Vorhaben kämpft und erst in diesem Sommer mit Kolleginnen und Kollegen aus Bund, Land und Kommunen im Bundesverkehrsministerium war. Es sei absolut nicht nachvollziehbar, weshalb der

Kosten-Nutzen-Faktor von 1,3 auf 0,6 gesunken sei. „Seit Monaten erhalten wir hierzu keine Auskunft. Der Bundesverkehrsminister soll jetzt endlich darlegen, wie er auf diese Zahlen kommt“, fordert Launert.

Gerade in der aktuellen Situation mit CO2-Einsparungen und ehrgeizigen Klimazielen sei es unverständlich, dass man ausgerechnet die Franken-Sachsen-Magistrale mit der Anbindung an Bayreuth über Schnabelwaid blockiere. Zumal Bayreuth eine Universitätsstadt sei, in welcher viele auf die Bahn angewiesen seien und zumal der bayerische Verkehrsminis-

ter jetzt extra angekündigt habe, ein zweites Gleis zu schaffen, führt die Abgeordnete weiter aus. Nichtsdestotrotz zeigt sich Launert kämpferisch:

„Abgesehen davon, ist es wichtig, bei strategisch wichtigen Trassen auch losgelöst von Kosten-Nutzen zu entscheiden. Der Westen der USA wäre nie erschlossen worden, wenn man nicht den Mut gehabt hätte, die Eisenbahn unabhängig von einer Kosten-Nutzen-Berechnung zu verwirklichen. Klar ist jedenfalls: Wir werden nicht aufgeben und weiter für das Projekt kämpfen!“

11, 57 Millionen Euro Bundesförderung für das Bayreuther Projekt „Errichtung eines Dokumentationszentrums zur NS-Ideologiegeschichte“



Berlin. Das Bayreuther Projekt „Errichtung eines Dokumentationszentrums zur NS-Ideologiegeschichte“ erhält 11.570.000 Euro aus dem Bundesförderprogramm KulturInvest. Hierzu erklärt die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und Haushaltspolitikerin Dr. Silke Launert:

„Tolle Neuigkeiten für das Bayreuther Projekt „Errichtung eines Dokumentationszentrums zur NS-Ideologiegeschichte“: Das Vorhaben erhält 11,57 Millionen Euro aus dem Bundesförderprogramm KulturInvest. Es ist eine unverzichtbare Aufgabe, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu wahren und zugleich darüber zu informieren, wie die Nationalsozialisten es geschafft haben, mit ihrer Ideologie so viel Leid zu verursachen. Nur wer aus der Vergangenheit lernt, kann verhindern, dass Geschichte sich wiederholt. Umso mehr freue ich mich, dass das Bayreuther Projekt gefördert wird!“

Zum Hintergrund: Mit dem Förderprogramm unterstützt der Bund investive Maßnahmen bei kulturellen Einrichtungen, Objekten und Kulturdenkmälern sowie Ausstellungen von gesamtstaatlicher Relevanz. Das Projekt muss dabei zum Ziel haben, die Kultur für eine breite Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Mehr Unterstützung für Kleinbetriebe gefordert



Himmelkron. Handwerksbetriebe, Bäckereien, Metzger... Die Liste der betroffenen Kleinbetriebe ist lang, die gerade um ihre Existenz bangen. Die aktuelle Gas und Energiemangel führt dazu, dass Gas und Strom immer teurer werden. Geld, welches kleine Mittelständische Betriebe nicht immer gleich zur Hand haben. Gleichzeitig fallen die Kunden weg. Die Sorge vor einer Massenschließung der Kleinunternehmen ist groß. „Wenn nichts passiert, wird ein Laden nach dem anderen schließen“, erklärte Michael Kauer, Chef des Lanzendorfer Backparadieses bei einer Veranstaltung in Himmelkron Anfang Oktober. Er hatte 100 Gäste aus Wirtschaft und Politik eingeladen, um auf das Problem aufmerksam zu machen. Die Gas und Stromkosten hätten sich in den letzten Monat verdoppelt. Ein Ende sei nicht in Sicht. Im Gegenteil. Nächstes Jahr erwarteten sie einen Anstieg um das Zehnfache der Kosten. Er forderte die Politik auf, schneller zu reagieren.

„Ich gebe der Politik noch drei Wochen Zeit, daran etwas zu ändern.“

Die anwesende Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zeigte Verständnis für die Problematik und rief zu zügigem Handeln auf. Zwar begrüßte sie das angekündigte 200 Milliarden Euro schwere Entlastungspaket der Bundesregierung, kritisierte aber dessen fehlendes Konzept. Zudem brauche es bürokratiearme und vor allem schnelle Lösung. Man könne lieber hinterher nachrechnen und Gelder zurückfordern als vorher monatelang zu prüfen und so wertvolle Zeit ins Land ziehen zu lassen. „Und vor allem braucht es eine Erhöhung des Angebots! Alles, was jetzt Energie liefert, muss genutzt werden! Schnell und ideologiefrei!“, so die deutliche Forderung der CSU-Abgeordneten. Darüber hinaus müssten sämtliche Ansätze, die zur Friedenserreichung beitragen könnten, verfolgt werden. Es gehe dabei auch um

die soziale Sicherheit in Deutschland, die vom Mittelstand abhängt, verdeutlichte Launert abschließend.

Zum Ende legte der Gastgeber eine Liste aus, in der sich fast alle anwesenden Gäste eintrugen. Diese beinhaltete die wichtigsten Forderungen der Kleinbetriebe an die Politik: ein Konzept der staatlichen Unterstützung, schnelle Lösungen und eine Erhöhung des Angebots an Gas. Die Liste soll nun an die örtlichen Politiker der Gemeinden verschickt werden, um mehr Druck aufzubauen



Silke Launert im Gespräch mit Metzgerinnung: „Das Handwerk wird zertrümmert und niemand schaut hin!“

Bad Berneck. Die Energiepreise steigen und steigen. Für viele Handwerksbetriebe könnte dies das Aus bedeuten. Über diese schwierige Situation hat die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gestern Abend in Bad Berneck im Rahmen eines Runden Tisches mit der Metzgerinnung ausführlich diskutiert.

Die Lage ist sehr ernst. Darin waren sich gleich zu Beginn alle Teilnehmer, darunter insbesondere Inhaber von Metzgereien und Bäckereien, bei der von der Ortsvorsitzenden der CSU Weidenberg, Dr. Cornelia Angerer-Daum, ins Leben gerufenen Diskussionsrunde einig.

„Das Handwerk wird zertrümmert und niemand schaut hin“, so der Kommentar eines anwesenden Unternehmers. Nicht nur die Energiepreise würden steigen, auch die Rohstoffpreise. Wie die Metzgerinnung mitteilte, liege der Strompreis aktuell bei 5 Cent. Im kommenden Jahr sollen es dann gar 71 Cent werden.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zeigte viel Verständnis für die Sorgen der Handwerksbetriebe. Sie erhalte viele Briefe von Unternehmen aus der Region, aber auch aus anderen Teilen Deutschlands. Die Union habe bereits zu Beginn des Ukraine-Krieges das Thema aufgegriffen und entsprechende Anträge in den Bundestag eingebracht. Leider sei die Thematik jedoch nicht hinreichend beachtet worden. Erst jetzt, durch den medialen Druck, würde sich das Bundeswirtschaftsministerium bewegen, so Launert.

Auch die von der Bundesregierung zugesagten 200 Milliarden Euro zur Entlastung von Unternehmen und Bürgern kamen zur Sprache. Die Bundesregierung liefere derzeit noch keine Antwort, was sie mit den Geldern genau vorhabe. Auf Fragen im Haushaltsausschuss hätten Regierungsvertreter nicht ausreichend antworten können, so die deutliche Kritik der CSU-Bundestagsabgeordneten. Man müsse jetzt auf die Ergebnisse der Gaskommission warten. Dabei würde jedoch wertvolle Zeit ins Land ziehen und die Betriebe würden für weitere Wochen im Regen stehen gelassen.

Die Forderungen vonseiten der in Bad Berneck anwesenden Handwerksbetriebe war eindeutig: Es müsse umgehend gehandelt werden. Die Zahlungen müssten so schnell wie möglich erfolgen und zwar ohne bürokratischen Aufwand.

Silke Launert stimmte dieser Forderung zu. Im Zweifel müssten eben Zahlungen wieder zurückgefordert werden, falls sich herausstelle, dass das ein oder andere Unternehmen nicht hilfsbedürftig gewesen sei. „Was jetzt vor allem zählt, ist Schnelligkeit!“, unterstrich die Abgeordnete.

Klar sei zudem, so Launert weiter, dass die Energie-Angebotsseite möglichst schnell, ohne Ideologie, erhöht werden müsse und zugleich Bürokratie bei Wasserkraft und Biogasanlagen abgebaut werden müsse. Darüber hinaus müsse der Gaspreisdeckel so schnell wie nur möglich kommen. Auch hier dürften keine bürokratischen Hürden aufgestellt werden.



Sterbehilfe ist ein wichtiges Thema unserer Gesellschaft - Podiumsdiskussion mit Dr. Silke Launert

Bayreuth. Sein 18-jähriger Sohn war verschwunden. Cherno B. aus Mittelfranken und die Freunde seines Sohnes machten sich auf die Suche und fanden den jungen Mann erhängt in einer Scheune. „Laut Statistischem Bundesamt war 2020 die am häufigsten gewählte Suizid-Methode bei Männern und Frauen die Selbsttötung durch Erhängen, Strangulieren oder Ersticken“, erklärt die Betreuungsrichterin und Bundestagsabgeordnete Silke Launert und fasst weiter zusammen, dass 2020 in Deutschland insgesamt 9 206 Personen, also 25 Menschen pro Tag, sich selbst das Leben nahmen. Im Februar 2020 hatte das Verfassungsgericht in Karlsruhe das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung für verfassungswidrig erklärt und dies damit begründet, dass das allgemeine Persönlichkeitsrecht auch das Recht auf selbstbestimmtes Sterben beinhaltet. Es schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen und hierbei auf die freiwillige Hilfe Dritter zurückzugreifen. „Doch wie soll das geregelt sein? Eine Reform der Sterbehilfe ist wichtig, deshalb habe ich zu einer Podiumsdiskussion eingeladen“, erklärt Silke Launert.



In ihrer früheren Tätigkeit als Juristin war sie mit Suizidfällen konfrontiert worden. „Deshalb liegt mir das Thema auch sehr am Herzen“, fügt die Bundestagsabgeordnete hinzu. Sie erinnert sich an Fälle aus ihrer Zeit als Betreuungsrichterin. Dort hatte ein junger Mann aus Liebeskummer versucht, sich das Leben zu nehmen. „Das war mehr ein Hilfeschrei, denn eigentlich wollte er leben. Anders als bei einem schwerkranken, alten Mann in einem Altenheim, der mich anflehte nicht fixiert zu werden nachdem er versucht hatte sich durch Erhängen am Bettgitter das Leben zu nehmen“, erzählt Launert. Sie habe aber auch den Fall gehabt, dass der Wille einer Oma nicht klar war und ihre Angehörigen viel geerbt hätten. „Sterbehilfe ist ein schwieriges Thema“, fasst sie zusammen. Deshalb hatte die Bundestagsabgeordnete den Leitenden Ärztlichen Direktor der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken, Professor Thomas Kallert, den Arzt und Vorsitzenden des Hospizvereins Bayreuth, Stefan Sammet, und den evangelischen Pfarrer in Weidenberg, Günter Daum, zu einer Diskussion in die Tierzucht-Klausur Bayreuth eingeladen. 60 Besucher waren ebenfalls gekommen, um den Gesprächen zu folgen.

„Es gibt mehr Suizide im Jahr als Verkehrstote“, informierte Thomas Kallert und trug vor: für Mediziner sei die Suizidprävention ausschlaggebend, denn für sie stehe der Erhalt des Lebens im Vordergrund. Er könne sich eine Regelung mit Beratung durchaus vorstellen, frage sich aber, wer diese Beratung leisten soll. Außerdem müsse geklärt sein, wie lange nach einer Beratung eine Suizidassistenz erfolgen soll: „Eine schwere psychische Erkrankung ist nicht nach drei Tagen behandelt.“ Eine ZuhörerIn merkte an, dass sie persönlich erfahren habe, dass auch in manchen Kliniken Geschäfte mit alten kranken Menschen gemacht werden und sie fragte, wo all die Psychiater herkommen, die Gutachten erstellen sollen. Kallert erklärte, dass der Umgang mit psychisch Erkrankten klar geregelt sei. Wichtig sei bei Gutachten, dass der, der die Entscheidungsfreiheit überprüft, nicht der ist, der dann die Beihilfe leistet. Pfarrer Günter Daum ist als Notfallseelsorger im Raum Bad Berneck unterwegs: „Sterben ist also ein Thema, das mich fast täglich begleitet.“ Für ihn ist die Grundvoraussetzung, dass Gott Leben gibt und es auch nimmt. Ihm fehle in der Debatte oft die Demut. Oft wollen nach seiner Ansicht die Menschen gar nicht sterben, sondern unter den gegebenen Umständen nicht mehr leben. Deshalb seien die Mitmenschen gefordert und sollten sich fragen, wie sie das Leben dieser Person lebenswerter machen können. „Es wäre lebensfremd zu verschweigen, dass es Fälle gibt wo es nicht mehr geht. Aber das ist eine Ausnahmesituation.“

„Die Hospizvereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese letzte Lebensphase zu begleiten“, erklärte Stefan Sammet. Ziel sei es, die Lebensqualität so zu verbessern, dass sie keinen Grund haben sich zu töten. Ein Besucher meldete sich zu Wort, dessen Frau Sterbehilfe durch ihre Ärztin in Anspruch genommen hatte. „Sie war eine der 350 Fälle, die das seit dem Urteil in Anspruch genommen hat. Sie ist zwei Jahre lang gestorben.“ Er erzählte, dass seine Frau bewusst sterben wollte. Die Ärztin hatte eine Infusion gelegt, die sie selbst aufdrehen konnte. Und auch die Polizei war verständigt worden. „Es ist noch einiges zu klären. Aber es ist wichtig zu wissen, dass man die freie Entscheidung hat. Auch ist es in der Breite noch nicht angekommen, dass es dieses Urteil gibt. Es gibt noch viel zu tun“, fasst Silke Launert zusammen.

Zum Hintergrund:

- Mit seiner Entscheidung vom 26. Februar 2020 (Urteil) hat das Bundesverfassungsgericht das in § 217 StGB normierte Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt und § 217 StGB für nichtig erklärt.
- Das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe war 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden.
- Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG) umfasst ein Recht auf selbstbestimmtes Sterben und schließt die Freiheit ein, sich das Leben zu nehmen und hierbei auf die freiwillige Hilfe Dritter zurückzugreifen.
- Der Gesetzgeber darf die Sterbehilfe aber regulieren.
- Es gibt keine Beschränkung auf Schwerstkranke oder überhaupt kranke Personen. Jeder hat einen Anspruch auf Sterbehilfe. Voraussetzung allein ist, dass diese Menschen in der Lage sind, einen freien Willen bilden zu können und auf dieser Grundlage eine freie Entscheidung treffen zu können.
- Die Entscheidung bedarf keiner Rechtfertigung. Der Staat ist nur befugt, den Willen zu überprüfen, nicht die Motivation.
- Zu den Regulationsmöglichkeiten des Gesetzgebers hat das Bundesverfassungsgericht Folgendes ausgeführt: „Zum Schutz der Selbstbestimmung über das eigene Leben steht dem Gesetzgeber in Bezug auf organisierte Suizidhilfe ein breites Spektrum an Möglichkeiten offen. Sie reichen von prozeduralen Sicherungsmechanismen, etwa gesetzlich festgeschriebener Aufklärungs- und Wartepflichten, über Erlaubnisvorbehalte, die die Zuverlässigkeit von Suizidhilfeangeboten sichern, bis zu Verboten besonders gefährdeter Erscheinungsformen der Suizidhilfe. Diese können auch im Strafrecht verankert oder jedenfalls durch strafrechtliche Sanktionierung von Verstößen abgesichert werden. Das Recht auf Selbsttötung verbietet es aber, die Zulässigkeit einer Hilfe zur Selbsttötung materiellen Kriterien zu unterwerfen, sie etwa vom Vorliegen einer unheilbaren Krankheit abhängig zu machen. Dennoch können je nach Lebenssituation unterschiedliche Anforderungen an den Nachweis der Ernsthaftigkeit und Dauerhaftigkeit eines Selbsttötungswillens gestellt werden.“

Hinweis: Falls Sie sich mit Suizidgedanken tragen oder nicht wissen, wie Sie mit jemandem, der Suizidgedanken hat, umgehen sollen, können Sie sich bei der anonymen, kostenfreien und 24 Stunden an 365 Tagen erreichbaren Telefonseelsorge Hilfe holen: Per Telefon unter 0800 / 111 0 111 , 0800 / 111 0 222 oder 116 123 per Mail und Chat unter [online.telefonseelsorge.de](https://www.telefonseelsorge.de)

60 Jahre THW

Pegnitz. Herzlichen Glückwunsch zu 60 Jahre THW OV Pegnitz und herzlichen Dank für das tolle Engagement! Wir brauchen Euch gerade in den aktuellen Zeiten mit den vielfältigen Herausforderungen (Naturkatastrophen, Überschwemmungen, Flüchtlinge, Gefahren aufgrund des Ukrainekrieges).



Neue Fahrzeuge für die FFW Trockau

Trockau. Die Bundestagsabgeordnete Silke Launert freute sich sehr, dass sie von der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) nach Trockau eingeladen wurde. Pfarrer Josef Hell weihte zwei neue Fahrzeuge - einen neuen Einsatzleitwagen und ein neues Hilfeleistungslöschtruppenfahrzeug - in feierlichem Rahmen. Die Feuerwehrkapelle umrahmte den Festakt musikalisch. Kommandant Florian Schedler bedankte sich bei allen Unterstützern, denn die Einsätze werden mehr. „Ich bin oft bei Veranstaltungen der Freiwilligen Feuerwehren, weil mein Vater lange Jahre Feuerwehrler war und ich vom ehrenamtlichen Engagement dieser Menschen begeistert bin, die ihre Freizeit für unsere Sicherheit opfern“, sagt die Bundestagsabgeordnete und verrät weiter, dass das 110. Jubiläum ihrer Heimatfeuerwehr damals auf dem Grundstück ihrer Eltern in deren Scheune stattgefunden hatte. Die zahlreichen Einsätze auf der A9 verlangen den 82 aktiven Mitgliedern der FFW Trockau viel ab. Neben ihren Einsätzen legt die FFW Trockau aber auch viel Wert auf Kinder- und Jugendarbeit. Mit den zwei neuen Fahrzeugen können die Kameradinnen und Kameraden ihre zahlreichen Aufgaben von nun an noch besser bewältigen.



Hermann Hübner und Gerald Knaup zu Altbürgermeistern ernannt

Bindlach. Aufgrund ihrer besonderen Leistungen und ihres Engagements als Bürgermeister für die Gemeinde Bindlach wurden Hermann Hübner und Gerald Knaup Anfang Oktober von der Gemeinde der Ehrentitel „Altbürgermeister“ verliehen. In den vergangenen Jahren ihrer Amtszeit hatten sie sich vor allem dem Wohl des Ortes gewidmet. Sie waren Ansprechpartner für die Bürger und Bürgerinnen, haben Trauungen und Ehrungen begleitet und setzten sich für die Menschen in Bindlach ein. Hermann Hübner, der zwölf Jahre im Amt des Bürgermeisters war, betonte den engen Kontakt zu den Bürgern. Dieser hätte ihm in seinem Berufsalltag am meisten gefallen. Auch sein Nachfolger Gerald Kolb unterstrich die Bedeutung des Austausches mit den Bürgern. Es sei eine große Ehre für ihn, die Auszeichnung zu erhalten. An der Ernennungsveranstaltung in der Bärenhalle in Bindlach nahmen zahlreiche Gäste teil. Zu den Gratulanten zählte auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert: „Herzlichen Glückwunsch, lieber Hermann Hübner und lieber Gerald Kolb! Den Ehrentitel habt ihr euch durch euer tolles Engagement für Bindlach und seine Bürger und Bürgerinnen wirklich verdient!“



50 Jahre CSU Ramsenthal

Ramsenthal. „Ihr seid wirklich immer näher am Menschen“, postete die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zum 50-jährigen Jubiläum des CSU-Ortsverbandes Ramsenthal auf ihrem Instagramkanal. „Näher am Menschen“ ist auch der Wahlspruch, welchen der Ortsverband für sich auserkoren hat. Verbunden mit den Menschen und dem Ort, egal, wie leicht oder schwer die Umstände auch sein mögen.

In der Maschinenhalle des Gasthofs „Bock“, dem Ort, an dem alles angefangen hat, wurde Anfang Oktober nun das runde Jubiläum des Ortsverbandes ausgiebig gefeiert. Dabei war eigentlich bereits im vergangenen Jahr das Jubiläumsjahr. Wie viele andere Festivitäten auch, musste die Feier jedoch verschoben werden. Aber dies störte die rund 100 anwesenden Gäste, unter denen auch Staatsministerin Melanie Huml war, nicht. Bei ausgelassener Stimmung, leckerem Essen und toller musikalischer Begleitung durch die Wiesenthaler Musikanten konnten die Mitglieder sowie die zahlreichen Gäste eine entspannte gemeinsame Zeit verbringen.

Gleich zu Beginn begrüßte der Vorsitzende Werner Fuchs die Gäste und blickte kurz zurück auf die vergangenen 50 Jahre des Ortsverbandes. Die ersten neun Mitglieder gründeten 1971 die Ramsenthaler CSU. Ein paar Jahre später kämpften sie bereits politisch für den Ort im Gemeinderat. Auch nach der Eingemeindung in die Gemeinde Bindlach gaben die Ramsenthaler CSUler ihre Prinzipien nicht auf und setzten sich für den kleinen Ort ein. Fuchs betonte im Rahmen seiner einleitenden Worte die Bedeutung des Ortsvereins für die Zukunft der Gemeinde. Anschließend würdigten Staatsministerin Melanie Huml, Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer und Bundestagsabgeordnete Silke Launert langjährige Mitglieder des Ortsverbandes für ihr Engagement. Darüber hinaus wurde zum ersten Mal in der Geschichte die Ehrenraute in Bronze an drei Mitglieder verliehen.



Ärzte für Hollfeld gesucht



Hollfeld. „Das ist tolles Gebäude für Allgemein-, Kinder- und Frauenärzte“, fand die Bundestagsabgeordnete Silke Launert beim Besuch in Hollfeld. Bürgermeister Hartmut Stern hatte sie und die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer eingeladen, um sich das zukünftige Hollfelder Ärztehaus einmal anzuschauen. „Ein Investor hat hier in guter Lage die ‚Hardware‘ für ein medizinisches Zentrum geschaffen! Jetzt braucht es nur noch Ärzte, die Hollfeld genauso kennen lernen und lieben wollen wie ich“, meinte Launert, denn es gibt direkt vor Ort viele Parkplätze und Einkaufsmöglichkeiten. Die Bundestagsabgeordnete schwärmte von Hollfeld: „Gleich bei meinem ersten Besuch habe ich mich ein wenig verliebt.“ Sie ist zum Beispiel begeistert vom einzigartigen Kussweg, der zum Verweilen und Genießen einlädt und Besucher verzaubert. Auch der Osterbrunnen und das kleine Kino sind einige der Besonderheiten, die Hollfeld liebenswert machen.

Mit der Frauenunion Oberfranken unterwegs in Selb

Selb. „Als Bezirksvorsitzende der Frauenunion Oberfranken versuche ich, beziehungsweise versuchen wir vom Bezirksvorstand immer auch, die Sehenswürdigkeiten, Besonderheiten und Stärken der verschiedenen Gebiete Oberfrankens bekannter zu machen und sich dabei zu vernetzen“, erklärt die Bundestagsabgeordnete Silke Launert. Deshalb ging es diesmal nach Selb, um dort einiges zu entdecken. Silke Launert war begeistert von der Führung durch die Ausstellung im Porzellanikon. Es befindet sich in einer 1969 stillgelegten ehemaligen Rosenthal-Fabrik und beeindruckt mit mächtigen Schloten und dem burgartig verschachtelten Gebäudeensemble, das wie ein wehrhaftes Labyrinth wirkt. Von den ehemals zehn mächtigen Rundöfen sind sechs noch völlig erhalten und begehbar.

Zur Stärkung wurde dann mittags eine Pause bei „Season Family“ eingelegt. „Und dann konnte man noch im Outlet shoppen“, freut sich die Bundestagsabgeordnete.



Kreuz ist Kult - Albert Füracker war Redner beim politischen Frühschoppen



Bayreuth. Auch in diesem Jahr ging es rund im Kerwazelt im Kreuz in Bayreuth. Von Donnerstag bis Montag war auf dem Gelände des SC Kreuz viel geboten. Doch es wurde nicht nur gefeiert, sondern es wurde auch diskutiert. Beim politischen Frühschoppen der CSU war auch der bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker Redner.

„Darüber habe ich mich sehr gefreut. Er hielt eine tolle Rede zur aktuellen politischen Lage mit konkreten Fragen und der Einbettung ins ‚große Ganze‘“, berichtet die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert. Feiern ist wichtig, doch leider wirkt sich die weltpolitische Lage aktuell sehr auf jeden Bürger aus.

Besuch bei Kennametal in Mistelgau

Mistelgau. Die Bundestagsabgeordnete Silke Launert besuchte auch das Werk von Kennametal in Mistelgau. Kennametal in Mistelgau ist einer von sieben bayerischen Standorten des global agierenden Industriekonzerns Kennametal. In Mistelgau werden Werkzeuge und Vorprodukte hergestellt, die direkt an industrielle Endkunden aus unterschiedlichsten Marktsegmenten gehen, zum Beispiel Metallgrundkörper, beispielsweise für Bohrer. Das Werk in Mistelgau stellt aber auch Erzeugnisse her, die an andere Werke innerhalb des Kennametal-Konzerns zur Weiterbearbeitung geliefert werden. Kennametal ist seit mehr als 80 Jahren führend in industrieller Technologie. Das Unternehmen beliefert Kunden aus den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Bergbau & Bauwirtschaft, Energie, allgemeiner Maschinenbau und Transportwesen. Sie wenden sich immer dann an Kennametal, wenn es darum geht, mit höchster Präzision und Effizienz zu produzieren.

„Sollten jedoch Gas und Energielieferungen ausbleiben, würde nicht nur die Produktion und extrem energieaufwendige Weiterverarbeitung der Metalle in Mistelgau stillstehen: Ergebnis wären fatale Auswirkungen auf das gesamte Unternehmen, da viele andere Standorte Deutschland- und europaweit direkt und indirekt von Teilen aus Mistelgau angewiesen sind“, stellte die Bundestagsabgeordnete fest. Die Energiekrise betrifft nicht nur die ferne Welt, sondern auch Firmen und Bürger in der Region.



Besuch bei Frenzelit



Bad Berneck. „Ohne Gas stehen hier in Bad Berneck und Himmelkron bei Frenzelit die Maschinen still“, fasste die Bundestagsabgeordnete Silke Launert beim Besuch des Unternehmens zusammen. Gemeinsam mit der CSU-Stadtratsfraktion war ihr ein spannender Einblick in das erfolgreiche mittelständische Unternehmen ermöglicht worden. Das oberfränkische Familienunternehmen entwickelt, produziert und vertreibt Dichtungen und Dichtungsmaterialien sowie Isolationen und Isolationsmaterialien für unterschiedliche Branchen und darüber hinaus Kompensatoren für den Anlagenbau. Mit seinen innovativen Material- und Funktionslösungen überzeugt es führende Industriepartner internationaler Leitbranchen. Doch nicht nur die steigenden Energiepreise sorgen bei den Verantwortlichen für Kopfschmerzen, denn eines der weiteren großen Themen ist auch hier der Fachkäftemangel. „Leider haben junge Menschen oft nicht ‚das Gute‘ aus der Region auf dem Schirm“, findet Launert und hofft, dass sich das zukünftig ändert.

Launerts Menschen – Dominik Hübschmann und Tom Schmitt



Ich freue mich immer, wenn ich Menschen treffe, die den Mut haben, Veränderungen herbeizuführen. Gerade in der aktuellen Zeit erfordern Neuanfänge gute Ideen, Mut und Entschlossenheit. In Ebermannstadt durfte ich Dominik Hübschmann und Tom Schmitt kennenlernen. Sie sind Anfang 20 und von Kindesbeinen an Freunde. Sie verkaufen leckere fränkische Bratwurst als „be:wurscht“ übers Internet.

Sagt mal, wie seid Ihr auf diese Idee gekommen?

Dominik Hübschmann: Wir waren letzten Sommer zusammen in Spanien im Urlaub und haben dort eine Chorizo gegrillt. Als wir wieder Zuhause waren, haben wir uns gedacht, warum nicht einfach mal eine eigene Wurst herstellen.

Aus dem Urlaub so eine Idee mitzunehmen finde ich gut. Wie habt Ihr die dann umgesetzt?

Tom Schmitt: Dominik hat mich angerufen und meinte, er steht in der Metzgerei und sei gerade dabei den Wurstteig einer Chorizo zu würzen. Daraufhin verschob ich die eigentliche Abendplanung und kam in die Metzgerei. Unser erstes Mal Wursten war direkt ein voller Erfolg. Die Bratwurst schmeckte wie im Urlaub. In der darauffolgenden Woche besorgten wir uns einen eigenen kleinen Fleischwolf, um unabhängig von der Metzgerei Bratwürste herstellen zu können. Viele Abende des Wurstens vergingen und wir realisierten schnell, die Bratwürste schmecken nicht nur uns so gut. Weshalb die nicht verkaufen? Mit einem kostenlosen Shopsystem erstellte ich erstmals einen Onlineshop. Die Idee unsere Message zum bewussten Fleischkonsum und damit unsere Bratwürste deutschlandweit für alle zugänglich zu machen, hat uns dann wahrscheinlich so weit gebracht, das Ganze durchzuziehen.

Was ist Euch wichtig? Ich meine damit auch, was ist Eure Wertvorstellung, was ist Euer Alleinstellungsmerkmal?

Dominik Hübschmann: be:Wurscht steht für bewusst Wurscht. Wir möchten bei allen Dingen bewusst handeln, deswegen haben wir auch Werte definiert: Qualität, Genuss, Tradition und Nachhaltigkeit. Die beste Qualität bei all unseren Produkten ist für uns selbstverständlich. Genuss, da sowohl Tom und ich beide große Genießer sind. Unser Fleisch kommt ausschließlich von fränkischen Bauern und wird in einem kleinen Metzgereibetrieb für uns geschlachtet. Unsere Gewürze beziehen wir auch von fairen und nachhaltigen Lieferanten. Das Metzgerhandwerk ist mit viel Tradition verbunden. Diese Tradition möchten wir bewahren und mit Neuem kombinieren. Nachhaltigkeit war für uns von Beginn an sehr wichtig. So besteht unsere Isolierverpackung nicht aus Styropor, sondern aus recyceltem Papier und kann danach einfach in der Papiertonne entsorgt werden. Noch besser ist es natürlich die Isolierung einfach in eine normale Tasche zu packen und diese so in eine Kühltasche zu verwandeln.

Verratet Ihr mir, was Ihr in Zukunft plant?

Tom Schmitt: Bis auf den ganzen Trubel mit dem Livegang unseres Onlineshops hat sich eigentlich nicht viel verändert. Wir treffen uns weiterhin bei mir in der Wohnung, um im privaten an neuen Wurstideen zu tüfteln. Dabei werden wir weiterhin auf unsere Werte achten und uns und unserer Marke treu bleiben. Offen für neue und kreative Geschmäcker und unterschiedliche Fleischsorten, werden wir unser Sortiment stetig erweitern, um weiterhin unsere ausgefallenen Bratwürste – vielleicht mal mit Champagner und Trüffel? - bis vor die Haustüre liefern zu können. Im Vordergrund soll zukünftig weiterhin der bewusste Bratwurstverzehr stehen. Bewusst Wurscht eben.

Hier kann man Bratwurst und Soßen bestellen:

www.bewurscht.de

Kreiserntedankfest des Bayerischen Bauernverbandes mit Ehrung langjähriger Mitglieder

Bayreuth. Die Vertreterinnen und Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes Kreisverband Bayreuth (kurz BBV Bayreuth) hatten Anfang Oktober beileibe nicht wenig zu tun, als sie die 99 Ehrenamtlichen aus der Umgebung für ihren Einsatz auszeichneten: Gleich mehrere Ortsbäuerinnen und Ortsobmänner bekamen die „Silberne Ähre“ verliehen, zahlreiche weitere ausgeschiedene Ortsbäuerinnen und Ortsobmänner sowie ausgeschiedene Kreisvorstandsmitglieder wurden ebenfalls für ihr langjähriges Engagement geehrt. Besonders hervorzuheben ist die Ehrung von Hedwig Loos aus Kornbach, welche von 2007 bis 2022 dem Kreisvorstand des BBV Bayreuth angehörte. Das Amt als Ortsbäuerin (seit 2001) behält sie weiterhin bei. Umrahmt wurden die Auszeichnungen von mehreren Grußwörtern und einem ökumenischen Gottesdienst, welchen das evangelische Pfarrerehepaar Uschi und Christoph Aschoff von der Kirchengemeinde St. Johannes und Günter Schloßmacher, Gemeindefereferent der katholischen St.-Hedwigs-Kirche in Bayreuth, gestalteten.

Darüber hinaus appellierte Kreisobmann Karl Lappe an die Anwesenden, trotz aller Krisen Ruhe und Gelassenheit zu bewahren. Fehl am Platz seien Angst und Panikmache. In seinem Rückblick sprach er von einem ganz besonderen Jahr. Eine so lange und intensive Trockenheit habe es schon lange nicht mehr gegeben. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert war ebenfalls vor Ort und würdigte den Einsatz der Bäuerinnen und Bauern: „Unglaublich, was hier alles ehrenamtlich geleistet wird!“, so Launert. Es seien die vielen familiengeführten Betriebe, die Bayern prägen würden und Oberfranken ausmachten. Die bayerische Landwirtschaft mit ihren insgesamt über 100.000 Höfen stehe nicht nur für hohe qualitative Produkte, sondern zugleich für Regionalität, Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein, hob die Abgeordnete, deren Großeltern selbst einen Hof bewirtschafteten, zudem hervor. Nachhaltigkeit sei nicht erst von den Grünen erfunden worden, sondern werde auf den Höfen seit jeher gelebt, führte Launert weiter aus. Die nächste Generation im Blick zu behalten, sei für Landwirtinnen und Landwirte selbstverständlich. Des Weiteren ging Launert auf die aktuellen großen Herausforderungen für die landwirtschaftlichen Betriebe ein. Die gestiegenen Preise für Diesel und Düngemittel seien eine große Belastung. Trotz dieser Probleme bat die Abgeordnete die Landwirtinnen und Landwirte bei der Stange zu bleiben und nicht aufzugeben. Denn sie seien es, welche die Versorgung mit Lebensmitteln vor Ort sicherstellten und auf die es in Krisenzeiten in ganz besonderem Maße ankäme.



Launerts Menschen – Nadine Graßer



Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass man viel leisten kann, wenn einem die Arbeit Freude bereitet. Und ich kenne den Druck, wenn man als Selbständige Familie und Beruf unter einen Hut bringen muss. Deshalb war das Gespräch mit Nadine Graßer aus Ebermannstadt sehr interessant, denn die junge Mama hat sich vor ein paar Jahren mit dem Blumenladen „Meisterblümchen“ mitten in Ebermannstadt selbständig gemacht.

Von Mama zu Mama und von einer viel arbeitenden Frau zur anderen – wie bekommst Du das alles unter einen Hut?

Ich liebe meine Familie und den Laden, die Freude daran motiviert mich immer. Natürlich habe ich auch ein großartiges Team, das mich unterstützt. Auch wenn es manchmal nicht einfach ist und ich auch an manchen Tagen abends am Sofa einschlafe, würde ich es immer wieder so machen.

Was hast Du denn vorher gemacht und wie kamst Du zum „Meisterblümchen“?

Nach der Ausbildung war ich als Angestellte tätig. Nachdem ich 2015 dann die Weiterbildung zur Floristenmeisterin gemacht habe, habe ich mich zunächst mit Eventfloristik selbständig gemacht. 2016 sind mein Mann und ich nach Ebermannstadt gezogen und 2018 hat sich dann die Chance ergeben den ehemaligen Blumen Schmitt in der Hauptstr. zu übernehmen. Da ein eigenes Ladengeschäft schon immer ein Traum von mir war, habe ich nicht lange gezögert und das Geschäft übernommen.

Was haben die Menschen aus Deinem Umfeld zu Deiner Entscheidung gesagt?

Die Entscheidung hat mein Umfeld sehr positiv aufgenommen und alle haben dazu beigetragen, dass die Eröffnung ein Erfolg wurde.

Wo findet man Dich und was bietest Du im „Meisterblümchen“ so an?

Man findet uns direkt in Ebermannstadt, in der Hauptstr. 23. Neben Schnittblumen, Pflanzen, Keramik und der klassischen Floristik, findet man bei uns im MeisterBlümchen auch schöne Dekoartikel für Drinnen und Draußen. Darüber hinaus bieten wir natürlich auch Hochzeits-, Trauer- und Eventfloristik an.

Hier die Kontaktdaten vom „Meisterblümchen“:

MeisterBlümchen
Hauptstr. 23
91320 Ebermannstadt

Tel: 09194 325
www.meisterbluemchen.de
info@meisterbluemchen.de

Edelbrennerei Haas – ein Familienbetrieb, wie er im Buche steht



Pretzfeld. Ein Familienbetrieb, in dem wirklich alle – inklusive des Familienhundes – mit anpacken: Das ist die Edelbrennerei Haas in Pretzfeld, bei welchem die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert im Oktober vorbeischaute. Brände, Liköre und vieles mehr stellt Johannes Haas mit den Früchten seiner Streuobstwiesen her. Wer mehr über das Destillierverfahren und die Lagerung wissen will, kann sich auch zu Brennerei-Führungen einschließlich Verkostung anmelden. Nähere Informationen hierzu finden sich unter: www.destillerie-haas.de

Volles Programm und spannende Einblicke: Bezirksversammlung der Frauen Union Oberfranken

Mistelbach. An spannenden Themen und Programmpunkten mangelte es auf der Bezirksversammlung der Frauen Union Oberfranken Mitte Oktober im Sportheim des TSV Mistelbach wahrlich nicht. Als Ehrengast hatte sich die FU Oberfranken unter der Leitung der Bezirksvorsitzenden Silke Launert dieses Mal die stellvertretende CSU- Generalsekretärin Tanja Schorer-Dremel, MdL, eingeladen. Auch Staatsministerin Melanie Huml war zu der Versammlung gekommen und hielt ebenso wie die Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL, ein Grußwort. Ebenfalls auf der Tagesordnung standen der Bericht der Bezirksvorsitzenden Silke Launert sowie die (Nach)Wahl einer weiteren Schriftführerin. Die Delegierten entschieden sich für Annika Schreier, welche von nun an dieses Amt bekleiden wird. Darüber hinaus stellte Monika Schelter ihr Projekt „Selam - FrauenWürde statt Gewalt“ vor, welches sich vor allem an Frauen richtet, die sich in gewaltgeprägten Situationen befinden. Thematisiert wurde in diesem Zusammenhang auch der Kampf gegen die Beschneidung weiblicher Genitalien. Abschließend richtete die Bezirksvorsitzende Silke Launert einen herzlichen Dank an alle Mitwirkenden, insbesondere an die Bezirksgeschäftsführerin Julia Höhmann und die lokale FU-Kreisvorsitzende Sabine Habla samt Team. Im Anschluss an das offizielle Programm konnten die Teilnehmerinnen dann noch bei Kaffee und Kuchen gemütlich zusammensitzen und die Sitzung gemeinsam ausklingen lassen.



CSU Weidenberg: Feierliche Verabschiedung von Günter Dörfler als Vorsitzender



Weidenberg. Wenn das kein Grund zum Feiern ist: Mehr als drei Jahrzehnte hat sich Günter Dörfler als Ortsvorsitzender für die CSU Weidenberg engagiert. Im September wurde er nun im feierlichen Rahmen verabschiedet. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert war vor Ort und dankte Günter Dörfler für seinen herausragenden Einsatz: „Das war wirklich ein rundum gelungener Abend zur Würdigung Deines jahrelangen und starken Engagements für die CSU und in zahlreichen Bereichen im vopolitischen Raum! Ganz herzlichen Dank für das Herzblut, mit welchem du dich in all der Zeit deiner Aufgabe gewidmet hast!“ Ehrengast der Veranstaltung war die am 5. Oktober verstorbene Barbara Stamm. Die frühere Landtagspräsidentin, Sozialministerin und das „soziale Gewissen der CSU“, starb nach langer Krankheit im Alter von 77 Jahren in ihrer Heimatstadt Würzburg.

Heidrun Piwernetz feiert 60. Geburtstag

Bayreuth. Runde Geburtstage sollte man feiern: Das dachte sich wohl auch die Regierungspräsidentin von Oberfranken, Heidrun Piwernetz, und lud anlässlich ihres 60. Geburtstages zu einem Steh-Empfang in den Landratssaal der Regierung von Oberfranken ein. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert ließ es sich nicht nehmen, der Regierungspräsidentin vor Ort persönlich zu gratulieren: „Herzlichen Glückwunsch an unsere tolle Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz zum besonderen Geburtstag! Mit vereinten Kräften haben wir schon viele Projekte gemeinsam auf den Weg gebracht, sei es im Zusammenhang mit der Renovierung des Festspielhauses oder bei einigen kommunalen Angelegenheiten, wo dank Runder Tische einiges erreicht werden konnte. Danke für den unermüdlichen, zielorientierten und erfolgreichen Einsatz für unser Oberfranken!“



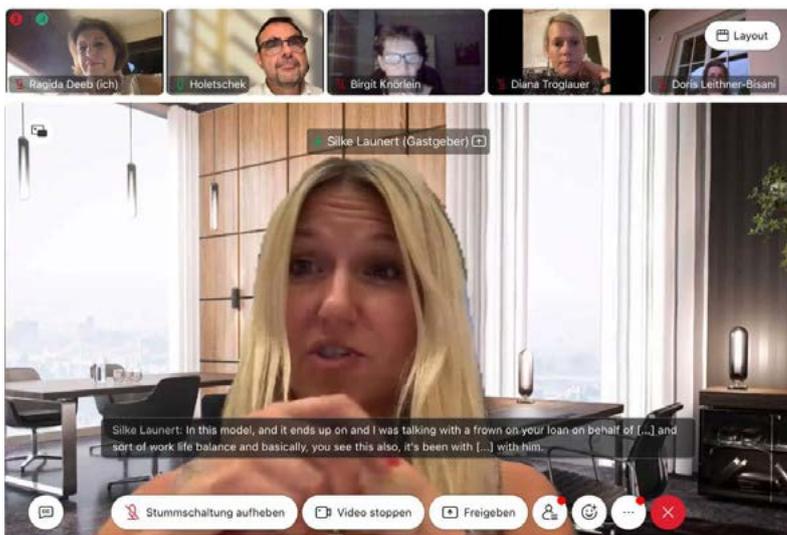
Mehr Platz zum Spielen und Lernen: Einweihung und Kinderfest der Kinderkrippe und der Offenen Ganztagschule in Heinersreuth



Heinersreuth. „Wurzeln und Flügel benötigen Kinder, um gut aufzuwachsen – dieses Gefühl von Sicherheit und Wohlfühlen, aber auch die Möglichkeit, etwas zu erforschen: All das bietet die neue Kita und Offene Grundschule in Heinersreuth! Herzlichen Dank an alle, die dieses tolle und wichtige Projekt mit ermöglicht haben!“, erklärte die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert bei der Eröffnungsfeier des neuen Gebäudes für die Krippe und die offene Ganztagschule in Heinersreuth Mitte Oktober. Vor knapp zwei Jahren begann der Bau des neuen Gebäudes für die kleinsten Bürger der Stadt. Nun konnte das hellgrüne Zuhause endlich eingeweiht werden. Zu Gast waren neben Vertretern des Gemeinderates auch die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer, die Bundestagsabgeordnete Silke Launert sowie Landrat Florian Wiedemann. Eröffnet wurde die Feier von Pfarrerin Gudrun Saalfrank im Rahmen eines gemeinsamen Gottesdienstes unter dem Motto „Unter Gottes Schirm“. Die herbstlich dekorierten Tische sorgten gleich zu Beginn für eine gute Stimmung, welche durch die Hüpfburgen für die kleinen Gäste abgerundet wurde.

Die Ehrengäste betonten bei ihren Reden, wie wichtig der Anbau für den Ort und die Kinder der Gemeinde wäre. Dank des neuen Gebäudes ist nun Platz für 60 Kinder. So ist es der Krippe und offenen Ganztagschule möglich, noch weitere Kinder betreuen zu können. In der offenen Ganztagschule können die Eltern selbst entscheiden, ob und an welchem Wochentag ihr Nachwuchs die Ganztagschule besucht. Damit war Heinersreuth die erste Schule in Bayern, welche dieses Konzept anbot. Und diese Idee zahlte sich aus. Das konnten die Gäste der Einweihungsfeier eindrücklich vor Ort miterleben.

Frauen diskutieren mit dem bayerischen Gesundheitsminister über das Thema Pflege



Pflege – ein Thema, das alle angeht und bei dem einiges an Handlungsbedarf besteht. Um über die Herausforderungen zu sprechen, hat die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert den bayerischen Gesundheitsminister, Klaus Holetschek, zum Gespräch eingeladen. Im Rahmen einer Videokonferenz der Frauen Union Oberfranken kamen dabei viele Punkte zur Sprache: Die einrichtungsbezogene Impfpflicht, der Wunsch nach Steuerfreiheit der Zulagen, etwa für Nachschichten und Überstunden, Dokumentationspflichten und Kontrollstrukturen, Fachkräftegewinnung, Energiekosten sowie Finanzhilfen. Die FU-Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert dankte Klaus Holetschek für seine Teilnahme und hob zum Abschluss noch einmal hervor: „Wir müssen da dran bleiben, sonst droht uns eine humanitäre Katastrophe!“

Besuch der Höhenklinik



Bischofsgrün. Anfang September wurde bei Gebäck und Obst über die geplante Schließung der Höhenklinik diskutiert. Die Höhenklinik in Bischofsgrün beherbergt Fachgebiete der Psychologie, Kardiologie, Diagnostik und Rehabilitation. In vier Jahren soll die Klinik im Fichtelgebirge geschlossen und mit der Rehaklinik Herzoghöhe in Bayreuth zusammengelegt werden. Gemeinsam sollen sie in ein neues Gebäude an der Lohengrintherme ziehen. So sehen es die Pläne der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern vor. Auf Einladung des CSU-Landtagsabgeordneten Martin Schöffel trafen sich am daher Vertreter aus dem Landkreis Bayreuth, des Klinikums und der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern in der Klinik, um dies näher zu diskutieren. Neben CSU-Bundestagsabgeordneter Dr. Silke Launert war auch der bayrische Gesundheitsminister Klaus Holetschek anwesend. Bei dem Gespräch wurden offene Fragen bezüglich des Neubaus und der Nutzung des alten Gebäudes geklärt. Den Ortsvertretern war es dabei wichtig, dass eine sinnvolle Nachnutzung des alten Baus gewährleistet werden kann. Da die Fertigstellung des Neubaus allerdings noch nicht begonnen hat, wurden hier Zweifel angebracht. Der Bau des neuen Gebäudes birgt große finanzielle und bautechnische Risiken, welche von den Vertretern kritisiert werden. Darüber hinaus wahrt die Höhenklinik einen guten Ruf, denn die Klinikleitung betont, dass sich viele Patienten hier wohl fühlen. Die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern spricht sich hingegen für den Neubau aus. Es wird befürchtet, dass der Standort Bischofsgrün für lange Zeit unvorteilhaft wäre, da die Klinik beispielsweise für Öffentliche Verkehrsmittel schwer zu erreichen ist.

Die Anwesenden einigten sich darauf, den Altbau voraussichtlich für Bereiche der Pflege, Kinder- und Jugendpsychologie sowie der Long-Covid Behandlung zu nutzen. Abschließend wurde das Gebäude im Rahmen einer kleinen Führung vorgestellt.

Kintopp Hollfeld feiert 40-jähriges Bestehen



Hollfeld. Ob Krimi, Thriller, Liebesromanze oder Jugendkomödie. Das rostrote, von Wein bewachsene, Haus in Hollfeld ist Bayerns kleinstes Kino und ein Anziehungspunkt für Filmliebhaber aus der ganzen Umgebung. Das Kino feierte sein 40-jähriges Jubiläum und lud Anfang Oktober zu einem Empfang in den eigenen Kinoreihen ein. Unter den Gästen waren der Bürgermeister von Hollfeld, Hartmut Stern, der stellvertretende Landrat Manfred Neumeister und die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Während des gemeinsamen Besuchs des Kinos betonten sie vor allem dessen Bedeutung für die Stadt Hollfeld und seine Umgebung. „Das Kintopp ist mehr als nur ein Kino! Es ist ein Kulturzentrum für die Menschen dieser Stadt“, so Silke Launert und erinnerte sich an ihre ersten Kinobesuche: Zusammen vor der Leinwand sitzen. Gespannt warten, bis die Lichter ausgehen und der Vorhang sich öffnet. Das leise Rascheln der Packung Popcorn und das Schlürfen der Cola aus dem Pappbecher. All dies verbinde sie mit dem Begriff „Kino“.

Das kleine Kino in der Fränkischen Schweiz über die Jahrzehnte am Laufen zu halten, war allerdings nicht leicht. Zu verdanken ist dies vor allem der Gründerin Ursula Scheicher, die das Kintopp 1982 vor dem Kinosterben rettete und es in ein Kulturzentrum für die Menschen vor Ort verwandelte. Seitdem hat sich das Kintopp ein wenig verändert, ist aber in seinem Kern immer noch wie damals.

So wurde das Kino im Laufe der Jahre lediglich erweitert. Ein Bistro kam hinzu. Letztes Jahr wurde der neue Toilettenbau mit rollstuhlgerechten Toiletten fertiggestellt. Darüber hinaus gibt es einen Behindertenparkplatz gleich neben dem Gebäude. Zudem ist der Kinosaal barrierefrei. Stolz tragen Geschäftsführerin Ruth Dormann, der Werbebeauftragte Stefan Stenglein, der das Gebäude einst kaufte, und der erste Vorsitzende des Kintopps Winfried Hartl das Signet „Bayern barrierefrei“. Das Motto ist: Im Kintopp ist für jeden etwas dabei! Das Kino beteiligt sich etwa bei der Silberfilmprogrammreihe. Hier treffen ältere Generationen aufeinander und verbringen einen gemeinsamen Abend bei Filmklassikern und Popcorn zusammen. Nicht umsonst wurde das Kino bereits mit etlichen Preisen für sein Programm ausgezeichnet. Denn sowohl Jung als auch Alt haben hier einen Ort, wo sie aufeinandertreffen.

Mittlerweile wurde ein gemeinnütziger Verein ins Leben gerufen. Seit dem Jubiläum verzeichnet „Kintopp-Freunde e.V.“ über 300 Mitglieder. Darüber freuen sich natürlich alle Beteiligten. Durch die Mitglieder ist es erst möglich geworden, das Kintopp so groß und über die Grenzen Hollfelds bekannt zu machen. Nur mit vereinten Kräften ist es gelungen, die Corona-Krise zu überleben, welche die Kulturbranche sehr schwer traf. Durch Popcornverkauf aus dem Fenster und dank des Engagements der Leute vor Ort überstand die Kulturstätte diese harte Zeit.

Tipp: Das Kintopp hat wirklich für jeden Geschmack etwas zu bieten! Interessierte können sich auf der Internetseite des Kinos www.kintopp-online.de jederzeit über das aktuelle Programm informieren.

Silke Launert trifft Realschüler aus Ebermannstadt



Ebermannstadt. Treffen mit Schülerinnen und Schülern gehören für Silke Launert definitiv zu den schönsten Teilen ihrer Arbeit als Bundestagsabgeordnete. Anfang Oktober ging es für Launert in die Realschule Ebermannstadt. Die Themen, welche bei dem Besuch der Abgeordneten zur Sprache kamen, waren vielfältig: Von Fragen zur Verkleinerung des Bundestages, über Waffenlieferungen an die Ukraine, gendgerechte Sprache und der Frage, wie man nachhaltig lebt, bis hin zu der mit einem leichten Augenzwinkern versehenen Frage, ob Silke Launert ihr Nutella-Brötchen lieber mit oder ohne Butter essen würde. „Mich freut es immer sehr, wenn junge Menschen sich für Politik interessieren! Vielen Dank für eure spannenden Fragen!“, so Silke Launert zum Abschluss ihres Besuches.

Schwere Schläge für Ebermannstadt – BMI schließt und die Ökologische Landvolkshochschule meldet Insolvenz an



Berlin/Ebermannstadt. „Jetzt sind die Probleme der großen Welt im beschaulichen Ebermannstadt angekommen“, stellt die Bundestagsabgeordnete Silke Launert fest. Sie fühlt mit den Mitarbeitern des Werkes Ebermannstadt der Bayerischen Milchindustrie (BMI): „Es ist schlimm, in solch unsicheren Zeiten seine Arbeitsstelle so überraschend zu verlieren.“ Kurz nach Bekanntgabe der Schließung wandten sich geschockte Angestellte an die Bundestagsabgeordnete.

Die über 80 Mitarbeiter des Unternehmens hatten am vergangenen Freitag erfahren, dass sie bald ohne Arbeit dastehen. „Die BMI will wohl versuchen, Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten an anderen Standorten für die Angestellten zu finden, aber die müssten dann irgendwie dorthin gelangen. Das bedeutet längere Fahrtzeiten und höhere Ausgaben für Benzin oder Nahverkehr“, meint Launert und kann verstehen, dass das nicht so einfach für die Menschen sein wird.

Die Bundestagsabgeordnete sieht auch für die Stadt selbst ein Problem. „Einerseits verliert die Kommune einen großen Arbeitgeber, andererseits ist die BMI einer der größten Gebührenzahler. Diese Gebühren müssen dann alle übernehmen“, so Launert. Das sei schlimm, da die Kosten für die Bürger sowieso gerade steigen.

„Und dann meldete die Ökologische Landvolkshochschule auch noch Insolvenz an“, fügt die Bundestagsabgeordnete hinzu. Diese sei eine Institution und sehr verbunden mit den Menschen der Region. „Das sind zwei schwere Schläge, die sich an einem Tag in Ebermannstadt ereignet haben“, fasst Silke Launert zusammen.

Tag der Deutschen Einheit: Feier an der Einheitslinde in Pegnitz



Pegnitz. Ein wichtiger Tag für Deutschland: Am 3. Oktober 1990 wurde aus dem geteilten endlich wieder ein geeintes Land. Dieses besondere Ereignis wollte auch in Pegnitz ausgiebig gefeiert werden. Begleitet von böhmischer Blasmusik begrüßte der CSU-Ortsvorsitzende Stefan Krieg die Anwesenden an der Einheitslinde am Wiesweiher. Im Anschluss an ein gemeinsames Weißwurstfrühstück im Café Bär stellte sich der frisch gekürte CSU-Landtagskandidat Franc Dierl vor. Zudem standen einige Grußworte auf dem Programm, darunter auch eines der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Silke Launert. „Einigkeit, Recht und Freiheit“ - unsere Errungenschaften, die es zu feiern gilt!“, so die Bayreuther CSU-Politikerin.

Gerätehausfest der Freiwilligen Feuerwehr Bayreuth Abteilung St. Georgen



Bayreuth. Es war wieder so weit: Mitte September lud die Abteilung St. Georgen der Freiwilligen Feuerwehr Bayreuth zum Gerätehausfest ein. Das Fest sollte in diesem Jahr einem gemeinnützigen Zweck dienen. Die Verantwortlichen hatten daher entschieden, dass der gesamte Erlös der Veranstaltung in das Projekt „Wir helfen Bayreuth“ fließen sollte, mit welchem unter anderem Kinder unterstützt werden, die ohne Familienanhang aus den Kriegsgebieten der Ukraine flüchten mussten.

Zugleich wurde das 140-jährige Bestehen der Feuerwehrabteilung gefeiert. Eigentlich war das Jubiläum bereits im vergangenen Jahr, konnte aber aufgrund der Corona-Pandemie erst in diesem Jahr stattfinden. Mit einem vielfältigen Rahmenprogramm wurde gemeinsam auf die Geschichte der Abteilung St. Georgen zurückgeblickt. Für das leibliche Wohl war ebenfalls ausreichend gesorgt. Die Besucher konnten sich unter anderem mit leckeren Currywürsten den Magen vollschlagen.

Während der Veranstaltung machten die Feuerwehrfrauen und –männer aber auch noch auf ein dringendes Problem aufmerksam: Die Abteilung benötigt unbedingt ein neues Feuerwehrhaus. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die auch Mitglied im Stadtrat ist, sprach sich nach der Besichtigung des aktuellen Gebäudes klar für das Vorhaben aus: „Ein solches ehrenamtliches Engagement muss man unterstützen!“, so Launerts deutliche Aussage.

Grund zum Feiern: 75-jähriges Jubiläum des Ortsverbandes Mehlmeisel



Mehlmeisel. Wenn das kein Grund zum Feiern ist: Siebeneinhalb Jahrzehnte existiert der CSU-Ortsverband Mehlmeisel nun schon! Eigentlich war das halbrunde Jubiläum bereits im vergangenen Jahr. Aufgrund der Pandemie wurden die Feierlichkeiten allerdings verlegt. Da aufgeschoben aber nicht aufgehoben ist, wurde am 1. Oktober dann umso ausgiebiger gefeiert. Als Ehrengast und Festrednerin hatte der Ortsverband rund um den Vorsitzenden Günther Daubner sich die amtierende Landtagspräsidentin Ilse Aigner eingeladen. Sie bekundete ihren Dank für das Engagement des Verbandes in den letzten 75 Jahren sowie für den Mut der Mitglieder, in schwierigen Zeiten für das Land einzustehen. Darüber hinaus betonte sie, wie wichtig es sei, die Infrastruktur in ländlichen Gebieten zu stärken. Grußwörter hielten zudem die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert sowie der Landtagsabgeordnete Martin Schöffel. Silke Launert dankte den CSUlern aus Mehlmeisel für den unermüdlichen Einsatz in all den Jahrzehnten:

„Herzlichen Glückwunsch an den Ortsverband der CSU Mehlmeisel zum 75-jährigen Bestehen! Danke für Euer langjähriges Engagement! Danke, dass ihr stets näher am Menschen und ein Bollwerk vor Ort gegen Idealismus seid!“

Mitmenschlichkeit wäre die Grundlage für das christliche Weltbild der CSU. Dem stimmten auch weitere Ehrengäste wie Bezirkstagsvorsitzender Henry Schramm zu. Darüber hinaus erhielt der Landtagsdirektkandidat des Stimmkreises Bayreuth, Franc Dierl, die Möglichkeit, sich den Anwesenden vorzustellen. Mitgefeiert haben auch Vertreterinnen der Frauenunion, mehrere Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, Kreisräte, verschiedene CSU-Ortsverbände, Vereine und Gemeindevertreter. Zum Abschluss wurden feierlich die Hymne des Freistaats Bayern und die deutsche Nationalhymne gesungen.

Kitas in der Fränkischen Schweiz wünschen sich weniger Bürokratismus



Berlin/Landkreis Forchheim. Die Träger von Kindertagesstätten (Kitas) haben es im Augenblick sehr schwer: Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ wurde eingestellt, den Einrichtungen fehlen Mitarbeiter und der Bürokratismus für die Kita-Leiter*innen ist hoch.

„Sprache ist der Schlüssel, mit dem wir uns Wissen aneignen. Jedes Kind soll von Anfang an Zugang zu guten Bildungsangeboten haben“, meint die Bundestagsabgeordnete Silke Launert. Das bestätigt ihr auch Jens Kuppert, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Katholische Kitas am Tor zur Fränkischen Schweiz“ (Arge) aus Forchheim. 14 Kirchenstiftungen haben sich zu dieser Arge zusammengeschlossen. In der Region werden derzeit zwölf Kindertagesstätten mit etwa 900 Kindern und 120 Mitarbeitern von Kuppert und seinen drei Kollegen betreut.

Dazu gehören auch Sprach-Kitas, in denen nun die zusätzlichen Fachkräfte wegfallen. „Das war auch ein niederschwelliges Unterstützungs-Angebot für die Eltern. Wir wissen im Augenblick nicht, wie es da weitergehen soll“, erklärt Kuppert und Silke Launert ergänzt: „Das Programm war auch wichtig für Kinder und Kollegen, wie ich von Erziehern hörte, die ich vor Kurzem im Bundestag getroffen habe.“ Die Bundestagsabgeordnete stellt fest, dass Kinder, die sich gut ausdrücken können, auch selbstbewusst durchs Leben gehen. Deshalb versteht sie nicht, dass das seit 2016 vom Bundesfamilienministerium geförderte Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ eingestellt wurde.

Kuppert hat Sorge, dass ein Nachfolgeprogramm für ihn viel Papierkrieg und Arbeit bedeuten könnte. Er wünscht sich weniger Bürokratismus im Alltag und erzählt, dass zwei 23-jährige Mitarbeiterinnen gerade in Vollzeit die Schulbank für ihre Fortbildung zur Erzieherin drücken müssen, da sie noch keine 25 Jahre alt sind: „Sonst könnten sie in Teilzeit in der Kita arbeiten. So fallen mir die beiden komplett weg.“ Deshalb wird nun Silke Launert einen Antrag stellen, dass auch jüngere Menschen mit der nötigen Fachausbildung die Fortbildung zum Erzieher / zur Erzieherin berufsbegleitend machen dürfen. „Das würde uns schon sehr helfen“, freut sich Jens Kuppert.

Er erhofft sich auch weniger Bürokratie bei der Fachkräfte-Beschaffung. „Da haben sie sich ja was Pfiffiges einfallen lassen“, lobt ihn Silke Launert als sie von seinem Projekt hört: Kuppert sucht gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit in Bamberg Kräfte aus Spanien. „Wir haben sehr gute Bewerber, wissen aber nicht, ob sie dann hier arbeiten dürfen“, erklärt er. Auch hier versucht die Bundestagsabgeordnete zu helfen und mit anderen Politikern zu sprechen. „Mir liegen Kinder einfach am Herzen. Die Kleinen dürfen wir gerade in der aktuellen Zeit nicht vergessen. Eltern und Kinder stehen eh gerade vor großen Herausforderungen.“

Politischer Frühschoppen bei der Ebermannstädter Kerwa



Ebermannstadt. In diesem Jahr wurden gleich zwei Kirchweihen in Ebermannstadt gefeiert. Nicht nur die Marienkapelle, das älteste Bauwerk der Stadt, feierte Kerwa, sondern auch die evangelische Emmauskirche. Perfekt organisiert hatte die Veranstaltung der Verein „Ebser Kerwa Glubb“ (EKG). Dank dieses herausragenden Engagements konnte den Besuchern die gesamte Zeit über viel geboten werden. Zu bewundern gab es etwa die beiden Kerwa-Bäume, die am Vortag die Kerwa-Burschen und der Kerwa-Nachwuchs aufgestellt hatten. Am Sonntagvormittag fand dann auch ein politischer Frühschoppen der Ebermannstädter CSU statt. Ebenfalls anwesend war die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert, die vor Ort zahlreiche Gespräche führte, darunter mit Marcus Müller vom Landgasthof Lahner Veilbronn, der den EKG beim Catering unterstützte. „Es ist wirklich schön, dass der Verein für die ganze Familie etwas ist und alle zusammen Spaß haben können!“, so Silke Launert.

Ehemalige bayerische Landtagspräsidentin Barbara Stamm verstorben



Würzburg. Traurige Nachrichten erreichten uns Anfang Oktober. Die ehemalige Landtagspräsidentin Barbara Stamm ist nach langer schwerer Krankheit im Alter von 77 verstorben. Deutschlandweit trauert man um die engagierte CSU-Politikerin. Silke Launert, die Barbara Stamm persönlich gut kannte, zeigte sich tief betroffen:

„Vor wenigen Wochen war sie noch in Weidenberg und beeindruckte mit ihren Worten und nun ist sie von uns gegangen. Es ist so unfassbar traurig. Barbara Stamm war eine starke Frau, welche bis zum Schluss ihrer Leidenschaft nachging. Liebe Barbara, ruhe in Frieden! Wir werden uns irgendwann wiedersehen – davon bin ich fest überzeugt!“



Mensch & Politik

Dr. Silke Launert

Impressum: Büro Bayreuth · Eduard-Bayerlein-Straße 5 · 95445 Bayreuth · Tel. 0921 - 76430 21 · Fax: 0921 - 76430 22